

Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts

Band 1

BGB-Gesellschaft · Offene Handelsgesellschaft · Partnerschaftsgesellschaft · EWIV

Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts

Band 1

BGB-Gesellschaft · Offene Handelsgesellschaft
Partnerschaftsgesellschaft · EWIV

Herausgegeben von

Dr. Hans Gummert

Rechtsanwalt in Düsseldorf

Prof. Dr. Carsten Schäfer

Universität Mannheim

Bearbeitet von

Dr. Philipp Diers, LL.M., Rechtsanwalt in Emsdetten; Dr. Hoimar von Ditfurth, Rechtsanwalt in Frankfurt; Dr. Kilian K. Eßwein, Rechtsanwalt in München; Dr. Joachim Freiherr von Falkenhausen, LL.M., Rechtsanwalt in Hamburg; Dr. Thorsten Gayk, Rechtsanwalt in Hamburg; Dr. Hans Gummert, Rechtsanwalt in Düsseldorf; Dr. Maximilian Haag, LL.M., Rechtsanwalt und Steuerberater in München; Prof. Dr. Hartmut Hamann, Rechtsanwalt in Stuttgart; Alexandra Harf, LL.B., Rechtsanwältin in Hamburg; Dr. Hilke Herchen, Rechtsanwältin in Hamburg; Sebastian Herrler, Notar in München; Dr. Götz G. Karrer, Rechtsanwalt in Düsseldorf; Dr. Eylem Kaya, LL.M., Rechtsanwältin in Düsseldorf; Béla Knof, Rechtsanwalt in Hamburg; Dr. Elisabeth Märker, Rechtsanwältin in Berlin; Ralf Merkle, LL.B., Universität Mannheim; Prof. Dr. Antonio Miras, Hochschule Osnabrück; Prof. Dr. Sebastian Mock, LL.M., Hamburg; Dr. Frauke Möhrle, Rechtsanwältin in Hamburg; Dr. Sebastian Müller, LL.M., Rechtsanwalt und Steuerberater in Karlsruhe; RiLG Dr. Max Noack, Berlin; Dr. Daniel Otte, LL.M., Rechtsanwalt in Köln; Christoph Palzer, Rechtsanwalt in Frankfurt; Dr. Chris Pflüger, LL.B., Rechtsanwalt in Düsseldorf; Dr. David Quinke, LL.M.; Rechtsanwalt in Düsseldorf; Prof. Dr. Hanns-Christian Salger, Rechtsanwalt in Frankfurt; Marion Sangen-Emden, Rechtsanwältin und Steuerberaterin in Düsseldorf; Prof. Dr. Carsten Schäfer, Universität Mannheim; Kai Andreas Schaffelhuber, Rechtsanwalt in Frankfurt; Dr. Jan Schepke, Rechtsanwalt in Hamburg; Dr. Henning C. Schneider, Rechtsanwalt in Hamburg; Dr. Christoph Schücking, Rechtsanwalt in Frankfurt; Dr. Norbert Schulte M.A.L.D., Rechtsanwalt in Düsseldorf; Prof. Dr. Kerstin Schweizer, LL.M., Hochschule Pforzheim; Frank Sölch, Rechtsanwalt in Frankfurt; Dr. Tobias Spanke, Rechtsanwalt und Betriebswirt (IWW), Fachanwalt für Erbrecht, Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht und Fachanwalt für Steuerrecht in Karlsruhe; Julian Stahl, Rechtsanwalt in München; Dr. Marie-Theres Stolze, Rechtsanwältin, Wirtschaftsprüferin und Steuerberaterin in Emsdetten; Dr. Bernd Wirbel, Rechtsanwalt in Düsseldorf

6., neubearbeitete Auflage 2024



C.H. BECK

Zitiervorschlag:
MHdB GesR I/Bearbeiter §... Rn....

beck.de

ISBN 978 3 406 80561 5

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz, Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen
(Adresse wie Verlag)
Umschlag: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 6. Auflage

Am 10. August 2021 wurde das Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts (MoPeG) im Bundesgesetzblatt verkündet, es tritt im Wesentlichen am 1.1.2024 in Kraft und ändert die gesetzlichen Bestimmungen des BGB-Gesellschaftsrechts ebenso grundlegend wie diejenigen der Handelsgesellschaften.

Besonders im Recht der GbR ist, verglichen mit der alten Fassung der §§ 705 ff. BGB, kaum ein Stein auf dem anderen geblieben. Sämtliche Vorschriften sind neu formuliert worden, und sie folgen systematisch einem Aufbau, der konsequent zwischen der rechtsfähigen Außengesellschaft und der nicht rechtsfähigen Innengesellschaft (§ 705 Abs. 2) differenziert, was auch in einer neuen Untergliederung des 16. Titels zum Ausdruck kommt. Inhaltlich haben sie viele einzelne Änderungen bewirkt, deren wichtigste die Einführung eines neuen Gesellschaftsregisters (§§ 707 ff.) sein dürfte. Bei der Zuschreibung der Rechtsfähigkeit an die GbR und ihrer Haftungsverfassung folgt das neue Recht demgegenüber weitgehend den Entscheidungen des BGH vom 27.9.1999 (BGHZ 142, 315) und – vor allem – vom 29.1.2001 (BGHZ 146, 341), die seinerzeit im Schrifttum umfassend vorbereitet worden waren. Auch im Recht der OHG (§§ 105 ff. HGB) wurden sämtliche Vorschriften neu formuliert und geordnet, teilweise auch in das BGB verwiesen, das seinen Referenzcharakter durch das MoPeG zurückerhalten hat. Indirekt betrifft dies auch die KG, deren eigene Regelungen (§§ 161 ff. HGB) zwar lediglich punktuell geändert wurden, aber mit durchaus bemerkenswerten Detailkorrekturen. Die wohl wichtigste inhaltliche Änderung für die Handelsgesellschaften stellt das neue Beschlussmängelrecht dar (§§ 110–115 HGB), aber auch ihre grundsätzliche Öffnung für Freiberufler (§ 107 Abs. 1 S. 2 HGB) hat einiges Aufsehen erregt. Einen Überblick über das Gesetzgebungsverfahren zum MoPeG und die wichtigsten Änderungen in BGB und HGB (und weiteren Gesetzen) vermittelt das erste Kapitel dieses Bandes (§ 1).

Das MoPeG hat es allgemein erforderlich gemacht, große Teile des Handbuchs grundlegend zu überarbeiten oder zumindest an das neue Recht anzupassen. Dies gilt auch für diejenigen Abschnitte, bei denen geringere inhaltliche Änderungen zu verzeichnen waren, bei denen aber die Bezugsnormen durchweg angepasst werden mussten, woraus sich wiederum indirekte Änderungen ergeben konnten. Überall stellt sich zudem die Frage, ob auf Rechtsprechung und Literatur zur früheren Fassung noch zurückgegriffen werden kann. Dies ist zwar im Prinzip zu bejahen, doch war auch in Betracht zu ziehen, dass ihre gedankliche Grundlage bzw. tragenden Gründe durch die Neuausrichtung überholt wurden.

Der Verlag C.H.Beck und die Verfasser verfolgen mit dem Handbuch unverändert den Zweck, dem Rechtsanwender ein praxistaugliches Mittel für die tägliche Praxis zur Verfügung zu stellen, so dass in erster Linie die höchstrichterliche Rechtsprechung zum Personengesellschaftsrecht abgebildet wird. Aber auch die Kritik an dieser Rechtsprechung wird aufgegriffen. Im Handbuch wird der Rechtsstand ab Inkrafttreten des MoPeG zugrunde gelegt. Insoweit musste vor allem auf die Begründung des Gesetzgebers zu den neu gefassten Vorschriften, konnte aber auch schon auf das Gesetzgebungsverfahren begleitende Literatur und erste Kommentare des neuen Rechts zurückgegriffen werden. Demgegenüber hat sich die Rechtsprechung naturgemäß noch nicht mit den neuen Bestimmungen befassen können. Die Gesetzesbegründung geht jedoch vielfach auf die bisherige höchstrichterliche Rechtsprechung ein und bestätigt diese oftmals, was Rückschlüsse auf ihren Fortbestand zulässt. Die Autoren dieses Handbuchs werden mit Spannung verfolgen, inwieweit sich die Bestimmungen des MoPeG in der Praxis bewähren.

Im Herausgeberkreis ist ein Wechsel eingetreten. An die Stelle von Lutz Weipert ist Carsten Schäfer getreten, der künftig für die Bände 1 und 2 des Handbuchs mitverantwort-

Vorwort

lich zeichnen wird und als Mitglied der Expertenkommission an den Beratungen zum MoPeG wesentlich mitgewirkt hat. Lutz Weipert war Mitherausgeber der Bände 1 und 2 des Handbuchs von der ersten bis zur fünften Auflage. Er ist im Juni 2022 verstorben. Sein stets kluger, abgewogener Rat und die wissenschaftliche Diskussion über Grundfragen des Personengesellschaftsrechts mit ihm werden in Erinnerung bleiben.

Im Kreis der Autoren hat es umfangreiche Änderungen gegeben. Wir verzichten deshalb darauf, sämtliche neuen Autoren namentlich an dieser Stelle zu erwähnen. Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit den bisherigen und allen hinzugetretenen Autoren und danken den ausgeschiedenen Autoren für die Mitarbeit an den Voraufgaben.

Wir bedanken uns ferner beim Lektorat, namentlich Cornelia Ruhland, für die wiederum hervorragende Zusammenarbeit und Unterstützung.

Zu guter Letzt bitten Autoren, Herausgeber und Verlag die Nutzer dieses Handbuchs wiederum um Anregungen und Kritik zur Verbesserung, die gerne entgegengenommen und in künftigen Auflagen berücksichtigt werden.

Düsseldorf/Mannheim, im Juni 2024

Hans Gummert, Carsten Schäfer

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 6. Auflage	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	LIII
Literaturverzeichnis	LXXIII

1. Teil. Das Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts (MoPeG)

§ 1 Gesetzgebungsverfahren und wesentliche Änderungen im Personengesellschaftsrecht (<i>C. Schäfer</i>)	1
--	---

2. Teil. Die rechtsfähige BGB-Gesellschaft

1. Kapitel. Entwicklung, Bedeutung und Entstehung der Gesellschaft

§ 2 Einführung: Entwicklung, Begriff und Bedeutung (<i>Schücking</i>)	17
§ 3 Schlüsselbegriffe und Abgrenzungen (<i>Schücking</i>)	34
§ 4 Unterscheidung nach dem Gesellschaftszweck (<i>Schücking</i>)	51
§ 5 Errichtung (<i>Möhrle</i>)	79
§ 6 Sonderformen und Entstehung (<i>Möhrle</i>)	104
§ 7 Name, Sitz und Gegenstand der GbR (<i>Otte</i>)	113

2. Kapitel. Die eingetragene Gesellschaft

§ 8 Grundsatz: Eintragungswahlrecht mit mittelbarem Eintragungszwang (<i>Herrler</i>)	138
§ 9 Voreintragungsobliegenheiten in den einzelnen Objektregistern (<i>Herrler</i>)	144
§ 10 Anmeldungen zum Gesellschaftsregister (<i>Herrler</i>)	159
§ 11 Inhalt und Wirkung der Eintragung (<i>Herrler</i>)	166
§ 12 Statuswechsel (<i>Herrler</i>)	171
§ 13 Folgen für die bisherige „Objektpublizität“ (<i>Herrler</i>)	177

3. Kapitel. Geschäftsführung und Vertretung

§ 14 Geschäftsführung (<i>v. Ditfurth</i>)	180
§ 15 Vertretung (<i>v. Ditfurth</i>)	205
§ 16 Beendigung von Geschäftsführung und Vertretung (<i>v. Ditfurth</i>)	208

4. Kapitel. Allgemeine Rechte und Pflichten aus der Mitgliedschaft

§ 17 System der Mitgliedschaftsrechte und -pflichten (<i>C. Schäfer</i>)	214
§ 18 Stimmrecht (<i>C. Schäfer</i>)	229
§ 19 Informationsrechte (<i>C. Schäfer</i>)	240
§ 20 Treupflicht und Wettbewerbsverbot (<i>C. Schäfer</i>)	249
§ 21 Beschlussfassung und mangelhafte Gesellschafterbeschlüsse (<i>C. Schäfer</i>)	261
§ 22 Gesellschafterklage (<i>actio pro socio</i>) (<i>C. Schäfer</i>)	286

5. Kapitel. Vermögensbezogene Rechte und Pflichten

§ 23 Beitragspflicht (<i>Gummert</i>)	297
§ 24 Gesellschaftsvermögen, Kapitalanteil und Gesellschafterkonten (<i>Gummert</i>)	316
§ 25 Rechnungsabschluss (<i>Gummert</i>)	335
§ 26 Ergebnisverteilung (<i>Gummert</i>)	353
§ 27 Verfügung über vermögensbezogene Mitgliedschaftsrechte (<i>Gummert</i>)	374
§ 28 Belastung von Gesellschaftsanteilen (<i>Gummert</i>)	383
§ 29 Die steuerliche Behandlung der vermögensbezogenen Mitgliedschaftsrechte der rechtsfähigen GbR (<i>Märker</i>)	392

Inhaltsübersicht

6. Kapitel. Die Rechtsbeziehungen der Gesellschaft und ihrer Gesellschafter zu Dritten

§ 30	BGB-Gesellschaft als Trägerin von Rechten und Pflichten (<i>Gummert</i>)	417
§ 31	Haftung der Gesellschafter für Verbindlichkeiten der Gesellschaft (<i>Gummert</i>)	446
§ 32	Gesellschafterregress (Rückgriff) (<i>Gummert</i>)	505
§ 33	Stellung der BGB-Gesellschaft und ihrer Gesellschafter im Prozess und in der freiwilligen Gerichtsbarkeit (<i>Gummert</i>)	515
§ 34	Zwangsvollstreckung gegen die BGB-Gesellschaft und ihre Gesellschafter (<i>Gummert</i>)	541

7. Kapitel. Eintritt und Ausscheiden des Gesellschafters unter den Lebenden

§ 35	Aufnahme eines Gesellschafters (<i>Schulte</i>)	556
§ 36	Übertragung der Gesellschafterstellung (<i>Schulte</i>)	575
§ 37	Ausscheiden eines Gesellschafters (<i>Schulte</i>)	590
§ 38	Folgen des Ausscheidens (<i>Schulte</i>)	609
§ 39	Abfindung (<i>Schulte</i>)	613
§ 40	Steuerliche Folgen bei Eintritt und Ausscheiden aus der GbR zu Lebzeiten (<i>Märker</i>)	637

8. Kapitel. Tod des Gesellschafters

§ 41	Gesetzeslage bei Tod eines Gesellschafters (<i>Schäfer/Merkle</i>)	707
§ 42	Gesellschaftsvertragliche Gestaltungen im Hinblick auf den Tod des Gesellschafters (<i>Schäfer/Merkle</i>)	722
§ 43	Erbrechtliche Fragen und letztwillige Gestaltungen durch den Erblasser-Gesellschafter (<i>Schäfer/Merkle</i>)	767
§ 44	Rechtsstellung weichender Erben und Pflichtteilsberechtigter (<i>Schäfer/Merkle</i>)	786
§ 45	Steuerliche Folgen beim Tod eines Gesellschafters der GbR (<i>Märker</i>)	798

9. Kapitel. Auflösung, Liquidation und Insolvenz der Gesellschaft

§ 46	Auflösung der BGB-Gesellschaft (<i>Gummert</i>)	818
§ 47	Liquidation (<i>Gummert</i>)	843
§ 48	Insolvenz (<i>Gummert</i>)	883
§ 49	Steuerrechtliche Folgen der Auflösung (<i>Diers/Stolze</i>)	938

10. Kapitel. Die rechtsfähige BGB-Gesellschaft in der wirtschaftsrechtlichen Praxis

§ 50	Sozietäten von Freiberuflern (<i>Schmid/Otte</i>)	964
§ 51	Ärztliche Kooperationsformen (Berufsausübungs- und Organisationsgemeinschaften von Ärzten: Gemeinschaftspraxis, Medizinisches Versorgungszentrum und Praxisgemeinschaft) (<i>Gummert/Kaya</i>)	983
§ 52	Bau-Arbeitsgemeinschaften (<i>Stahl/Eßwein</i>)	1038
§ 53	Grundbesitzgesellschaften (<i>Hamann</i>)	1056
§ 54	Joint Ventures (<i>Wirbel</i>)	1082
§ 55	Holdings (<i>v. Ditzfurth</i>)	1096

3. Teil. Die nicht rechtsfähige BGB-Gesellschaft

1. Kapitel. Grundzüge

§ 56	Rechtsnatur und gesetzliches Leitbild, Erscheinungsformen, Entstehung, anwendbares Recht (<i>Noack</i>)	1148
§ 57	Beendigung und Auseinandersetzung (<i>Noack</i>)	1171
§ 58	Ausscheiden und Ausschließung eines Gesellschafters (<i>Noack</i>)	1183

2. Kapitel. Nicht rechtsfähige BGB-Gesellschaften in der wirtschaftsrechtlichen Praxis

§ 59	Unterbeteiligungen (<i>Gayk</i>)	1188
§ 60	Kreditkonsortien und Sicherheitenpools (<i>Schaffelhuber/Sölch</i>)	1223
§ 61	Emissionskonsortien (<i>Schücking</i>)	1271
§ 62	Kooperationen zwischen Wettbewerbern (<i>Palzer</i>)	1310
§ 63	Stimmbindungsgemeinschaften (<i>Karrer</i>)	1356

4. Teil. Die Partnerschaftsgesellschaft

§ 64	Einführung: Entwicklung, Begriff und Bedeutung der Partnerschaft (<i>Salger/Spanke</i>) . . .	1395
§ 65	Die Partnerschaft im System des Gesellschafts- und Steuerrechts (<i>Salger/Spanke</i>)	1403
§ 66	Entstehung der Partnerschaftsgesellschaft (<i>Salger/Spanke</i>)	1405
§ 67	Persönlicher Anwendungsbereich (<i>Salger/Spanke</i>)	1409
§ 68	Interprofessionelle Zusammenschlüsse (<i>Salger/Spanke</i>)	1414
§ 69	Verhaltenspflichten und Mitwirkungsrechte der Partner (<i>Salger/Spanke</i>)	1416
§ 70	Vermögensrechtliche Innenbeziehungen der Partner (<i>Salger/Spanke</i>)	1422
§ 71	Haftungsregelungen der Partnerschaftsgesellschaft (<i>Salger/Spanke</i>)	1423
§ 72	Auflösung, Ausscheiden, Ausschluss, Vererbung, Abfindung (<i>Salger/Spanke</i>)	1427
§ 73	Umwandlung (<i>Salger/Spanke</i>)	1437
§ 74	Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung (PartG mbB) (<i>Salger/Spanke</i>)	1440

5. Teil. Die Offene Handelsgesellschaft

1. Kapitel. Entwicklung, Bedeutung und Entstehung der Gesellschaft

§ 75	Einführung: Entwicklung, Begriff und Bedeutung der OHG (<i>Möhrle</i>)	1449
§ 76	Errichtung durch Gründungsvertrag (<i>Möhrle</i>)	1454
§ 77	Sonderformen der Entstehung (<i>Möhrle</i>)	1482
§ 78	Firma, Sitz und Gegenstand des Unternehmens (<i>Quinke</i>)	1493
§ 79	Anmeldung und Eintragung in das Handelsregister (<i>Quinke</i>)	1544
§ 80	Öffentlichrechtliche Anzeigepflichten und Genehmigungsvorbehalte (<i>Quinke</i>)	1564
§ 81	Kartellrechtliche Grenzen (<i>Palzer</i>)	1571

2. Kapitel. Geschäftsführung und Vertretung

§ 82	Geschäftsführung (<i>v. Ditzfurth</i>)	1620
§ 83	Vertretung (<i>v. Ditzfurth</i>)	1645
§ 84	Beendigung von Geschäftsführung und Vertretung (<i>v. Ditzfurth</i>)	1655

3. Kapitel. Allgemeine Rechte und Pflichten aus der Mitgliedschaft

§ 85	System der Mitgliedschaftsrechte und -pflichten (<i>Harf/Pflüger</i>)	1665
§ 86	Stimmrecht (<i>Harf/Pflüger</i>)	1679
§ 87	Informationsrechte (<i>Harf/Pflüger</i>)	1693
§ 88	Wettbewerbsverbot (<i>Harf/Pflüger</i>)	1707
§ 89	Beschlussfassung und Beschlussmängelrecht (<i>Harf/Pflüger</i>)	1734

4. Kapitel. Vermögenbezogene Rechte und Pflichten

	Überblick (<i>v. Falkenhausen/H. C. Schneider</i>)	1762
§ 90	Beitragspflicht (<i>v. Falkenhausen/H. C. Schneider</i>)	1762
§ 91	Gesellschaftsvermögen (<i>v. Falkenhausen/H. C. Schneider</i>)	1786
§ 92	Der Jahresabschluss (<i>Sangen-Emden</i>)	1799
§ 93	Ergebnisbeteiligung (<i>v. Falkenhausen/H. C. Schneider</i>)	1821
§ 94	Verfügung über vermögensbezogene Mitgliedschaftsrechte (<i>v. Falkenhausen/H. C. Schneider</i>)	1838
§ 95	Die steuerliche Behandlung vermögensbezogener Mitgliedschaftsrechte der OHG (<i>Märker</i>)	1844
§ 96	Belastung von Gesellschaftsanteilen (<i>Haag</i>)	1868

5. Kapitel. Die Rechtsbeziehungen der OHG und ihrer Gesellschafter zu Dritten

§ 97	Die OHG als Trägerin von Rechten und Pflichten (<i>Herchen</i>)	1895
§ 98	Haftung des Gesellschafter (<i>Herchen</i>)	1901
§ 99	Gesellschafterregress (Rückgriff) (<i>Herchen</i>)	1932
§ 100	Die Stellung der OHG und ihrer Gesellschafter im Prozess (<i>Schepke</i>)	1942
§ 101	Die Zwangsvollstreckung gegen die OHG und ihre Gesellschafter (<i>Schepke</i>)	1952

Inhaltsübersicht

6. Kapitel. Eintritt und Ausscheiden des Gesellschafters unter Lebenden

§ 102 Aufnahme eines weiteren Gesellschafters (<i>Schulte</i>)	1956
§ 103 Übertragung der Gesellschafterstellung (<i>Schulte</i>)	1968
§ 104 Ausscheiden eines Gesellschafters (<i>Schulte</i>)	1987
§ 105 Folgen des Ausscheidens (<i>Schulte</i>)	2026
§ 106 Abfindungsklauseln (<i>Schulte</i>)	2064
§ 107 Steuerliche Folgen bei Eintritt und Ausscheiden zu Lebzeiten (<i>Märker</i>)	2101

7. Kapitel. Tod des Gesellschafters

§ 108 Gesetzeslage bei Tod eines Gesellschafters (<i>Schäfer/Merkle</i>)	2171
§ 109 Gesellschaftsvertragliche Gestaltungen im Hinblick auf den Tod des Gesellschafters (<i>Schäfer/Merkle</i>)	2177
§ 110 Erbrechtliche Fragen und letztwillige Gestaltungen durch den Erblasser-Gesellschafter (<i>Schäfer/Merkle</i>)	2188
§ 111 Rechtsstellung weichender Erben und Pflichtteilsberechtigter (<i>Schäfer/Merkle</i>)	2195
§ 112 Steuerliche Folgen beim Tod eines Gesellschafters (<i>Märker</i>)	2200

8. Kapitel. Auflösung, Liquidation und Insolvenz

§ 113 Auflösung der OHG (<i>Knof/Mock</i>)	2220
§ 114 Liquidation der OHG (<i>Knof/Mock</i>)	2241
§ 115 Insolvenz der OHG (<i>Knof/Mock</i>)	2261
§ 116 Steuerliche Folgen der Gesellschaftsauflösung (<i>Märker</i>)	2301

6. Teil. Die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung

§ 117 Einführung: Entwicklung, Begriff und Bedeutung der EWIV (<i>Salger/Müller</i>)	2321
§ 118 Gründung der EWIV (<i>Salger/Müller</i>)	2332
§ 119 Mitglieder der EWIV (<i>Salger/Müller</i>)	2338
§ 120 Geschäftsführung und Vertretung (<i>Salger/Müller</i>)	2347
§ 121 Besteuerung der EWIV (<i>Salger/Müller</i>)	2349
§ 122 Nichtigkeit, Auflösung, Abwicklung und Insolvenz (<i>Salger/Müller</i>)	2353

7. Teil. Die fehlerhafte Gesellschaft

§ 123 Fehlerhafte Gründung (<i>Miras</i>)	2357
§ 124 Die Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft bei Änderungsgeschäften in BGB-(Außen-)Gesellschaft und OHG (<i>Schweizer</i>)	2404

Sachverzeichnis (<i>Hartwich</i>)	2429
--	------

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 6. Auflage	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	LIII
Literaturverzeichnis	LXXIII

1. Teil. Das Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts (MoPeG)

§ 1	Gesetzgebungsverfahren und wesentliche Änderungen im Personengesellschaftsrecht ..	1
	I. Entwicklung bis zum MoPeG	2
	1. Vom Mauracher Entwurf zum Regierungsentwurf	2
	2. Vom Regierungsentwurf zum Gesetz	4
	3. Gesetzesbeschluss und Inkrafttreten	6
	4. (Keine) Übergangsregelung für Altgesellschaften	6
	II. Der wesentliche Inhalt des MoPeG	9
	1. Überblick	9
	2. Insbesondere das neue Leitbild der rechtsfähigen Außen-GbR und seine Umsetzung	10
	3. Gesellschaftsregister für die GbR	11
	4. Neues Beschlussmängelrecht für die Handelsgesellschaften	13
	III. Betroffene Gesetze	15
	IV. Fehlerkorrekturen und ergänzende Anpassungen	16

2. Teil. Die rechtsfähige BGB-Gesellschaft

1. Kapitel. Entwicklung, Bedeutung und Entstehung der Gesellschaft

§ 2	Einführung: Entwicklung, Begriff und Bedeutung	17
	I. Die heutige Stellung der BGB-Gesellschaft	19
	1. Neue Rechtsgrundlage für die BGB-Gesellschaft	19
	2. Vielfalt der Erscheinungen	20
	3. Stellung der Gesellschaft im bürgerlichen Recht	20
	4. Die BGB-Gesellschaft im Gesellschaftsrecht	23
	5. Kollisionsrecht	26
	II. Die Entwicklung der BGB-Gesellschaft	29
	1. Historische Wurzeln	29
	2. Regelung der Gesellschaft im BGB	29
	3. Die BGB-Gesellschaft im Wandel der Zeiten	30
	4. Rechtsanwendung im BGB-Gesellschaftsrecht	34
§ 3	Schlüsselbegriffe und Abgrenzungen	34
	I. Vorbemerkung	35
	II. Typische und atypische BGB-Gesellschaften	35
	1. Typische BGB-Gesellschaften	35
	2. Atypische BGB-Gesellschaften	36
	3. Rollenverteilung	36
	III. Abgrenzungen und charakteristische Begriffe	36
	1. Abgrenzung zur Gemeinschaft	36
	2. Abgrenzung zum Verein	37
	3. Abgrenzung zu Gemeinschaften des Familien- und Erbrechts	38
	4. Abgrenzung zur schlichten Interessengemeinschaft	39
	5. Begriffe, Begriffspaare	39
	IV. Partiarische Leistungsaustauschverhältnisse	42
	1. Partiarische Darlehen	44
	2. Partiarische Kaufverträge	45

Inhaltsverzeichnis

3. Partiarische Nutzungsüberlassungen	46
4. Partiarische Dienstverträge	46
5. Partiarische Verträge einer BGB-Gesellschaft mit ihren Gesellschaftern	47
V. Andere Austauschverträge mit Berührungspunkten zur BGB-Gesellschaft	47
1. Alleinvertriebsverträge	47
2. Franchiseverträge	48
3. Belegarztverträge	48
4. Automatenaufstellverträge	49
VI. Gemischte Verträge	49
1. Anwendung gesellschaftsrechtlicher Regeln	50
2. Keine gesellschaftsähnlichen Rechtsverhältnisse	50
§ 4 Unterscheidung nach dem Gesellschaftszweck	51
I. Einführung	52
II. Wirtschaftliche und ideale Zweckgemeinschaften	53
1. Wirtschaftliche Zweckgemeinschaften	53
2. Ideale Zweckgemeinschaften	53
3. Praktische Bedeutung	54
III. Dauer- und Gelegenheitsgesellschaften	54
1. Praktische Bedeutung	54
2. Historische Entwicklung	54
3. Dauergesellschaften	55
4. Gelegenheitsgesellschaften	56
IV. Leistungsgemeinschaften	56
1. Sozietäten der Freiberufler	56
2. Land- und forstwirtschaftliche Gesellschaften	57
3. Handwerk und Kleingewerbe	58
4. Bau-Arbeitsgemeinschaften	59
5. Emissionskonsortien	59
6. Meta-Verbindungen	60
7. Joint Ventures	60
8. Vorgründungsgesellschaften	61
9. Eigengruppen	62
10. Gemeinschaften von Künstlern oder Artisten	62
V. Vermögensgemeinschaften	63
1. Grundbesitzgesellschaften	63
2. Geschlossene Fonds	63
3. Stille Gesellschaften	64
4. Unterbeteiligungen	66
5. Bauherrngemeinschaften	66
6. Urheberrechtsgemeinschaften	67
7. Lebensgemeinschaften	68
VI. Gefahrengemeinschaften	68
1. Kreditkonsortien	69
2. Versicherungspools	70
3. Explorationskonsortien	70
4. Expeditionen	71
5. Gefahrengemeinschaften bei der Sportausübung	71
VII. Schutz- und Interessengemeinschaften	72
1. Sicherheitenpools	72
2. Beteiligungskonsortien	73
3. Kartelle	74
4. Gleichordnungskonzerne	74
5. Büro- und Praxisgemeinschaften	74
6. Bestellergemeinschaften	75
7. Bietergemeinschaften	75
8. Fahrgemeinschaften	75
9. Reisegesellschaften	76
10. Jagdgesellschaften	76

Inhaltsverzeichnis

11. Wohngemeinschaften	76
12. Spiel- und Wettgemeinschaften	77
VIII. Familiengesellschaften	78
1. Leistungsgemeinschaften	78
2. Vermögensgemeinschaften	78
3. Schutz- und Interessengemeinschaften	79
§ 5 Errichtung	79
I. Voraussetzungen der Errichtung	81
1. Notwendigkeit eines Gesellschaftsvertrages, gemeinsamer Zweck	81
2. Fehlerhafter Gesellschaftsvertrag	83
3. Zusammenschluss ohne Gesellschaftsvertrag	84
II. Gesellschafter	84
1. Allgemeines	84
2. Natürliche Personen	86
3. Juristische Personen	86
4. Personengesellschaften	87
5. Vereine ohne Rechtspersönlichkeit	88
6. Erbengemeinschaft	88
7. Eheleiche Gütergemeinschaft	88
8. Bruchteilsgemeinschaft	88
9. Ausländische Gesellschaften	88
III. Gesellschaftsvertrag	91
1. Rechtsnatur des Gesellschaftsvertrages	91
2. Inhalt des Gesellschaftsvertrages	92
3. Form des Gesellschaftsvertrages	96
4. Genehmigungserfordernisse	98
IV. Änderungen des Gesellschaftsvertrages	100
1. Materielle Erfordernisse	100
2. Formerfordernisse	102
3. Genehmigungserfordernisse	103
§ 6 Sonderformen und Entstehung	104
I. Entstehung der Gesellschaft	104
1. Entstehung im Innenverhältnis	104
2. Entstehung gegenüber Dritten	105
3. Eintragung im Gesellschaftsregister	106
II. Sonderformen der Entstehung	107
1. Überblick	107
2. Entstehung durch Umwandlung nach dem UmwG	108
3. Entstehung aus einer anderen Personengesellschaft oder einer Vor-GmbH	112
§ 7 Name, Sitz und Gegenstand der GbR	113
I. Einführung	114
II. Der Name der GbR	114
1. Frühere Rechtslage (bis zum 31. Dezember 2023)	114
2. Neue Rechtslage (ab 1. Januar 2024)	116
III. Sitz der Gesellschaft	118
1. Frühere Rechtslage (bis 31. Dezember 2023)	118
2. Neue Rechtslage (ab 1. Januar 2024)	120
IV. Gegenstand und Zweck der GbR	121
1. Die dogmatische Einordnung des Zweckbegriffs	121
2. Die Konkretisierung der Verpflichtung auf den Gesellschaftszweck	126
2. Kapitel. Die eingetragene Gesellschaft	
§ 8 Grundsatz: Eintragungswahlrecht mit mittelbarem Eintragungszwang	138
I. Einführung	138
II. Vor dem 1.1.2024 bestehendes Publizitätsdefizit	139
III. Schaffung eines zentralen Subjektregisters	140
1. Freies Eintragungswahlrecht	140

Inhaltsverzeichnis

2. Eintragungspflicht	141
3. Konstitutive Eintragung	141
4. Kombinationslösung des MoPeG	141
IV. Eintragungswahlrecht mit mittelbarem Eintragungszwang	142
1. Überblick	142
2. Verfahrensrechtliche Voreintragungsobliegenheiten	142
3. Registrierungsanreize – Nachteile der Registrierung	143
4. Fazit	144
§ 9 Voreintragungsobliegenheiten in den einzelnen Objektregistern	144
I. Immobiliarsachenrecht	145
1. Reichweite der Voreintragungsobliegenheiten	146
2. (Potentielle) Ausnahmen vom Voreintragungserfordernis	149
3. Abschluss des Rechtsgeschäfts vor Registrierung der GbR	150
II. Personengesellschaften	153
1. Gründung unter Beteiligung einer GbR oder späterer Beitritt	153
2. Derivativer Anteilerwerb durch GbR	154
3. Anteilsveräußerung durch GbR	154
4. Veränderungen im Gesellschafterkreis einer Bestands-GbR als Gesellschafter einer oHG oder KG	154
III. Kapitalgesellschaften	155
1. GmbH	155
2. GbR als Aktionärin	158
IV. Umwandlungsrecht	159
§ 10 Anmeldungen zum Gesellschaftsregister	159
I. Grundlagen	160
1. Überblick	160
2. Registrierungsfähige Gesellschaft bürgerlichen Rechts	160
3. Form der Anmeldung	160
4. Anmeldepflichtige Personen	161
5. Gerichtliche Zuständigkeit	161
II. Erstanmeldung der GbR	162
1. Name der Gesellschaft (§ 707 Abs. 2 Nr. 1a BGB)	162
2. Sitz und Anschrift der Gesellschaft (§ 707 Abs. 2 Nr. 1b und Nr. 1c BGB)	163
3. Gegenstand der Gesellschaft?	163
4. Angaben zu den Gesellschaftern (§ 707 Abs. 2 Nr. 2 BGB)	164
5. Vertretungsbefugnis (§ 707 Abs. 2 Nr. 3 BGB)	164
6. Versicherung (§ 707 Abs. 2 Nr. 4 BGB)	164
III. Folgeanmeldungen	165
1. Anmeldepflicht für Folgeänderungen	165
2. Inhalt der Folgeanmeldungen	166
§ 11 Inhalt und Wirkung der Eintragung	166
I. Eintragungsinhalt	166
1. Pflichtinhalt	166
2. Eintragung sonstiger Umstände?	167
II. Wirkungen der Eintragung im Gesellschaftsregister	168
1. Eintragung lediglich deklaratorisch	168
2. Pflichten betreffend die Namensführung	168
3. Publizitätswirkungen nach § 15 HGB	168
4. Keine gewillkürte Löschung einer eGbR	170
5. Anwendbarkeit handelsrechtlicher Vorschriften im Übrigen	170
§ 12 Statuswechsel	171
I. Allgemeines	171
1. Statuswechsel als neues Rechtsinstitut	171
2. Anwendungsfälle im Überblick	172
3. Versicherung bei sämtlichen Ersteintragungen	172
4. Änderungen der Rechtsform außerhalb des Statuswechsels	173

Inhaltsverzeichnis

II. Ablauf eines Statuswechsels nach § 707c BGB	173
1. Anmeldung	173
2. Verfahren	174
§ 13 Folgen für die bisherige „Objektpublizität“	177
I. Übergangsregelung im Immobiliarsachenrecht	178
II. Keine Fortgeltung von § 899a BGB außerhalb des Anwendungsbereichs von § 15 HGB iVm § 707a Abs. 3 S. 1 BGB	178
III. Sonderfall: Nicht registrierte rechtsfähige Vereinigungen	178

3. Kapitel. Geschäftsführung und Vertretung

§ 14 Geschäftsführung	180
I. Grundlagen	180
1. Überblick	180
2. Abgrenzung von Geschäftsführung und Vertretung	181
3. Grundsatz der Selbstorganschaft	182
4. Recht auf und Pflicht zur Geschäftsführung	183
5. Vergütung	185
II. Geschäftsführung	188
1. Gesamtgeschäftsführung als gesetzlicher Regelfall	188
2. Einzelgeschäftsführung und Widerspruchsrecht	190
3. Ausschluss einzelner Gesellschafter von der Geschäftsführung	193
4. Abweichende Regelung der Geschäftsführungsbefugnis	195
5. Aufwendungsersatz und weitere Rechte und Pflichten des Geschäftsführers	195
6. Haftung des Geschäftsführers	201
7. Notgeschäftsführung und actio pro socio (Gesellschafterklage)	202
§ 15 Vertretung	205
I. Einführung	205
II. Vertretungsbefugnis der Gesellschafter	206
1. Vertretungsbefugnis als Mitgliedschaftsrecht; ergänzende Anwendung der §§ 164 ff.	206
2. Gesamtvertretung durch alle Gesellschafter.	206
3. Abweichende Regelung der Vertretungsbefugnis.	207
4. Umfang und Beschränkung der Vertretungsbefugnis.	208
5. Wegfall oder Verhinderung einzelner Gesamtvertreter.	208
§ 16 Beendigung von Geschäftsführung und Vertretung	208
I. Entziehung	209
1. Entziehung der Geschäftsführung	209
2. Entziehung der Vertretungsbefugnis	212
II. Kündigung	212
1. Kündigung der Geschäftsführung	212
2. Kündigung der Vertretungsbefugnis	213

4. Kapitel. Allgemeine Rechte und Pflichten aus der Mitgliedschaft

§ 17 System der Mitgliedschaftsrechte und -pflichten	214
I. Grundlagen und Gang der Darstellung im 4. Kapitel	215
1. Änderungen durch das MoPeG	215
2. Gestaltungsfreiheit	215
3. Gang der Darstellung	217
II. Einteilung der Rechte (und Pflichten)	217
1. Verwaltungs- und Vermögensrechte (und -pflichten)	217
2. Unverzichtbare und unentziehbare Rechte	218
III. Allgemeine Grundsätze zur Mitgliedschaft in Personengesellschaften	220
1. Einführung	220

Inhaltsverzeichnis

2. Abspaltungsverbot und höchstpersönliche Ausübung der Gesellschafterrechte	222
3. Gleichbehandlung	224
4. Einheitlichkeit der Mitgliedschaft	227
§ 18 Stimmrecht	229
I. Einführung; Auswirkungen des MoPeG	230
II. Höchstpersönlichkeit; Ausübung durch Dritte	230
III. Vereinbarter Stimmrechtsausschluss	232
IV. Stimmrechtsausschluss wegen Befangenheit	233
V. Stimpflichten	235
1. In Geschäftsführungsangelegenheiten	235
2. Bei Vertragsänderungen	236
3. Fiktion einer pflichtwidrig verweigerten Stimme?	237
§ 19 Informationsrechte	240
I. Einführung; Neuregelung durch das MoPeG	240
II. Das individuelle Informationsrecht nach § 717 Abs. 1 BGB	241
1. Einsichtsrecht (Satz 1)	241
2. Auskunftsrecht (Satz 2)	243
3. Auskunft über persönliche Daten von Mitgesellschaftern	244
4. Höchstpersönlicher Charakter; Hinzuziehung Dritter	244
5. Eingeschränkt zwingende Geltung (§ 717 Abs. 1 S. 2 BGB)	246
6. Durchsetzung des individuellen Informationsrechts	247
III. Das „kollektive“ Informationsrecht nach § 717 Abs. 2 BGB	247
1. Benachrichtigung und Auskunft	247
2. Rechenschaft	248
3. Abweichende Vereinbarungen (Satz 2)	249
§ 20 Treupflicht und Wettbewerbsverbot	249
I. Grundlagen	250
II. Treupflicht gegenüber der Gesellschaft	252
III. Treupflicht gegenüber Mitgesellschaftern	254
IV. Vertragsänderung und Treupflicht	255
V. Wettbewerbsverbot und Geschäftschancenlehre	257
VI. Rechtsfolgen von Treupflichtverstößen	260
§ 21 Beschlussfassung und mangelhafte Gesellschafterbeschlüsse	261
I. Einführung; Auswirkungen des MoPeG	263
II. Begriff und Zustandekommen des Gesellschafterbeschlusses	264
1. Rechtsnatur	264
2. Stimmabgaben	266
3. Zustandekommen einstimmiger Beschlüsse	268
4. Zustandekommen mehrheitlich gefasster Beschlüsse	268
III. Beschlussfassung	270
1. Formale Regeln	270
2. Mehrheitsklauseln	271
IV. Mangelhafte Beschlüsse	278
1. Allgemeines	278
2. Mangelkategorien	280
3. Mängel der Stimmabgabe	283
4. Gerichtliche Geltendmachung	284
5. Schiedsklauseln	285
§ 22 Gesellschafterklage (actio pro socio)	286
I. Einführung; Regelung durch das MoPeG	287
II. Voraussetzungen der actio pro socio (§ 715b Abs. 1)	289
1. Sozialanspruch	289
2. Gesellschafterstellung	289
3. Subsidiarität	290
4. Anspruch gegen Dritte als Ausnahme (Abs. 1 Satz 2)	292

III.	Rechtsfolgen	294
	1. Anforderungen des § 715b Abs. 1 BGB als Sachurteilsvoraussetzungen	294
	2. Prozessrechtsverhältnis	294
 5. Kapitel. Vermögensbezogene Rechte und Pflichten 		
§ 23	Beitragspflicht	297
	I. Gesetzliche Regelung	299
	II. Begriffliches, Abgrenzung	299
	1. Beitrag	299
	2. Einlage	300
	III. Beitragspflicht	301
	1. Begründung, Form, Änderung	301
	2. Beitragshöhe, Gleichbehandlungsgrundsatz	302
	3. Erhöhung der Beitragspflicht	302
	4. Beteiligung ohne Beitragspflicht?	304
	IV. Inhalt der Beitragspflicht	304
	1. Zahlung von Geld	305
	2. Darlehensgewährung	305
	3. Gesplittete Einlage	305
	4. Sacheinlagen	306
	5. Dienstleistungen	306
	6. Immaterielle Wirtschaftsgüter	307
	7. Übernahme von Verbindlichkeiten.	307
	8. Bewertung der Beiträge	307
	V. Form	308
	VI. Erfüllung der Beitragspflicht	309
	1. Erfüllung	309
	2. Leistungsstörungen	312
	3. Beweislast	316
	4. Verjährung	316
§ 24	Gesellschaftsvermögen, Kapitalanteil und Gesellschafterkonten	316
	I. Gesellschaftsvermögen und Gesamthandsprinzip	318
	1. Definition	318
	2. Gesellschaftsvermögen bei der BGB-Innengesellschaft?	319
	II. Erwerb und Veräußerung von Gesellschaftsvermögen	319
	1. Beiträge	319
	2. Erwerb durch Geschäftsführung	320
	3. Erwerb durch dingliche Surrogation	322
	4. Erwerb durch Umwandlung?	323
	5. Erwerb auf sonstige Weise	324
	III. Verbindlichkeiten der Gesellschaft	324
	1. Definition	324
	2. Verbindlichkeiten der Gesellschaft bei der BGB-Innengesellschaft?	325
	IV. Kapitalanteil und Gesellschafterkonten	325
	1. Der Kapitalanteil	325
	2. Die Gesellschafterkonten	332
§ 25	Rechnungsabschluss	335
	I. Überblick	336
	II. Aufstellung des Rechnungsabschlusses	337
	1. Gesetzliche Regelung	337
	2. Abweichende Vereinbarungen der Gesellschafter	347
	III. Feststellung von Rechnungsabschluss und Ergebnis	348
	1. Abgrenzung und Definition	348
	2. Bedeutung, Rechtsnatur und Form des Feststellungsbeschlusses	350
	3. Beschlusskompetenz und Zulässigkeit mehrheitlicher Beschlussfassung	352

Inhaltsverzeichnis

§ 26	Ergebnisverteilung	353
	I. Gesetzliche Regelung	354
	1. Grundsätzliches	354
	2. Gewinnverteilung	354
	3. Verlustverteilung	356
	II. Vertragliche Gestaltungsmöglichkeiten	357
	1. Grundsätzliches	357
	2. Gewinnverteilung	360
	3. Verlustverteilung	366
	III. Beschlussfassung über die Ergebnisverteilung	366
	IV. Der Anspruch auf Gewinnauszahlung und die Verpflichtung zum Verlustausgleich	367
	1. Gewinnauszahlung	367
	2. Verlustausgleich	373
§ 27	Verfügung über vermögensbezogene Mitgliedschaftsrechte	374
	I. Der Grundsatz der Nichtübertragbarkeit von Rechten aus dem Gesellschaftsverhältnis	375
	1. Das Abspaltungsverbot	375
	2. Die nicht übertragbaren vermögensbezogenen Rechte	378
	II. Die abtretbaren vermögensbezogenen Rechte und Ansprüche	379
	1. Der Anspruch auf Aufwendungsersatz aus der Geschäftsführung für die Gesellschaft	379
	2. Der Anspruch auf den Gewinnanteil	380
	3. Der Kapitalentnahmeanspruch und der gewinnunabhängige Entnahmeanspruch	380
	4. Der Anspruch auf das Auseinandersetzungsguthaben oder den Liquidationserlös	381
	5. Ansprüche aus Drittgläubigerrechten	382
	6. Der Anspruch auf den Vermögenswert der Beteiligung	382
	III. Die Pfändung vermögensbezogener Rechte	382
§ 28	Belastung von Gesellschaftsanteilen	383
	I. Nießbrauch	384
	1. Zulässigkeit der Bestellung	384
	2. Laufzeit des Nießbrauchs	385
	3. Ausübung der Verwaltungsrechte	385
	4. Zuordnung der Vermögensrechte	386
	5. Haftung des Gesellschafters und des Nießbrauchers	386
	6. Steuerliche Aspekte	387
	II. Testamentsvollstreckung	387
	1. Grundsätzliches	387
	2. Auflösung der Gesellschaft	388
	3. Testamentsvollstrecker mit eingeschränkten Befugnissen	388
	4. Ersatzkonstruktionen	389
	III. Verpfändung	389
	IV. Unterbeteiligung	390
	V. Treuhand	391
§ 29	Die steuerliche Behandlung der vermögensbezogenen Mitgliedschaftsrechte der rechtsfähigen GbR	392
	I. Grundstrukturen bei der Besteuerung	393
	II. Die ertragsteuerliche Behandlung der vermögensbezogenen Mitgliedschaftsrechte	395
	1. Der steuerliche Gewerbebegriff	395
	2. Die Gesellschafter als Mitunternehmer	398
	3. Ermittlung des Anteils am Gewinn der Gesellschaft	400
	4. Zusammenfassung von Gesellschaftsbilanz und Sonderbilanz	408
	5. Beschränkte Verlustzurechnung gemäß § 15a EStG	409
	6. Verfahrensfragen	410

III. Gewerbesteuerliche Behandlung betrieblicher Vorgänge	411
1. Steuergegenstand der Gewerbesteuer	411
2. Verfahrensfragen	412
IV. Umsatzsteuerliche Behandlung	413
1. Leistungen der Personengesellschaft an die Gesellschafter	413
2. Leistungen der Gesellschafter an die rechtsfähige GbR	413
V. Grunderwerbsteuerliche Behandlung	414
1. Grundstücksübertragungen	414
2. Wechsel im Gesellschafterbestand der Personengesellschaft	414
6. Kapitel. Die Rechtsbeziehungen der Gesellschaft und ihrer Gesellschafter zu Dritten	
§ 30 BGB-Gesellschaft als Trägerin von Rechten und Pflichten	417
I. Rechtsnatur der BGB-Gesellschaft	419
1. Grundsätzliche Überlegungen zur Rechtsfähigkeit der BGB-Gesellschaft	420
2. Beschränkung der Rechtsfähigkeit auf bestimmte Typen der BGB- Gesellschaft	424
3. Beschränkte, relative Rechtsfähigkeit der BGB-Außengesellschaft?	426
II. Allgemeine Folgen der Rechtsfähigkeit der BGB-Außengesellschaft	427
1. Notwendigkeit der Unterscheidung von Gesellschaft, Gesellschaftern und Gesellschaftsvermögen	428
2. Unabhängigkeit des Gesellschaftsvermögens vom Mitgliederwechsel; An- und Abwachsung	429
3. Abhängigkeit des Gesellschaftsvermögens vom Bestand der Gesellschaft	430
4. Haftung der Gesellschafter für Verbindlichkeiten der Gesellschaft	430
III. Die BGB-Außengesellschaft als Trägerin von Rechten und Pflichten	430
1. Grundbuchfähigkeit	430
2. Erbfähigkeit	434
3. Mitgliedsfähigkeit	435
4. Insolvenzfähigkeit	438
5. Wechsel- und Scheckrechtsfähigkeit	439
6. Besitzfähigkeit	440
7. Steuerrechtsfähigkeit	441
8. Die BGB-Außengesellschaft als Arbeitgeber	441
9. Die BGB-Außengesellschaft im öffentlichen Recht	443
IV. BGB-Außengesellschaften ohne Rechte und Pflichten	445
§ 31 Haftung der Gesellschafter für Verbindlichkeiten der Gesellschaft	446
I. Vorbemerkung	450
II. Rechtsgeschäftliche Verbindlichkeiten	451
1. Verbindlichkeiten der Gesellschaft	451
2. Haftung der Gesellschafter für Verbindlichkeiten der BGB-Außengesellschaft	452
3. Ausschluss einzelner Gesellschafter von der persönlichen Haftung bei „gemischten“ Sozietäten	453
4. Haftung des Scheingesellschafters	454
5. Haftung des minderjährigen Gesellschafters	455
III. Gesetzliche Verbindlichkeiten	455
1. Grundsätzliches	455
2. Unerlaubte Handlung	457
3. Ungerechtfertigte Bereicherung	459
4. Steuerschulden	462
5. Sozial- und Sozialversicherungsrecht	465
6. Gefährdungshaftung und Halterhaftung nach StVG	466
7. Haftung für sonstige öffentlich-rechtliche Verbindlichkeiten	467
IV. Inhalt der Gesellschafterhaftung	468
1. Ausgangspunkt: Rechtsfähigkeit der Gesellschaft	468
2. Haftungs- und Erfüllungstheorie	468
3. Erfüllungsort	470

Inhaltsverzeichnis

V. Einwendungen und Einreden der Gesellschafter	470
1. Persönliche Einwendungen und Einreden	470
2. Geltendmachung von Einwendungen und Einreden der Gesellschaft durch die Gesellschafter	472
VI. Gesellschafterhaftung bei Auflösung und Gesellschafterwechsel; Nachhaftung des ausgeschiedenen Gesellschafters	473
1. Auflösung der Gesellschaft	473
2. Verbindlichkeit der Gesellschaft und Haftung der Gesellschafter bei Beitritt und Gesellschafterwechsel	474
3. Keine Haftung des Treugebers für Verbindlichkeiten der Gesellschaft	480
VII. Haftung gegenüber Gesellschafter-Gläubigern	481
1. Grundsatz	481
2. Ausnahmen	482
VIII. Möglichkeiten der Haftungsbeschränkung auf das Gesellschaftsvermögen	485
1. Rechtsgeschäftliche Verbindlichkeiten	485
2. Gesetzliche Verbindlichkeiten	503
§ 32 Gesellschafterregress (Rückgriff)	505
I. Grundsätzliches	506
II. Regress bei der BGB-Gesellschaft	507
1. Anspruchsgrundlage und Anspruchsvoraussetzungen	507
2. Anspruchsinhalt	508
3. Übergang der Forderung des Gläubigers auf den Gesellschafter	509
III. Regress bei den Mitgesellschaftern	510
1. Anspruchsgrundlage, Abgrenzung zu § 710 BGB	510
2. Übergang der Forderung des Gläubigers gegen die Gesellschaft	511
3. Inhalt und Umfang des Regressanspruches	511
4. Persönliche Einreden und Einwendungen der Mitgesellschafter	512
IV. Regress gegen ausgeschiedene Gesellschafter und von ausgeschiedenen Gesellschaftern	512
1. Anspruchsgrundlage	512
2. Subsidiaritätsprinzip	513
3. Regress im Verhältnis mehrerer ausgeschiedener Gesellschafter zueinander	514
V. Regress im Liquidationsstadium	514
§ 33 Stellung der BGB-Gesellschaft und ihrer Gesellschafter im Prozess und in der freiwilligen Gerichtsbarkeit	515
I. Die herkömmliche verfahrensrechtliche Behandlung der BGB-Gesellschaft	517
1. Fehlende Parteifähigkeit der BGB-Außengesellschaft	517
2. Dennoch: Notwendigkeit der Unterscheidung von Gesamthandschuld- und Gesamtschuldklage	518
3. Konsequenzen von Änderungen im Gesellschafterbestand während eines Rechtsstreits	519
II. Die Anerkennung der Parteifähigkeit der BGB-Außengesellschaft	520
1. Die Parteifähigkeit der BGB-Außengesellschaft	520
2. Beschränkung der Parteifähigkeit auf bestimmte BGB-Außengesellschaften?	522
3. Innengesellschaften	523
4. Binnenprozesse	523
III. Die Konsequenzen der Anerkennung der Parteifähigkeit der BGB-Außengesellschaft für das Erkenntnisverfahren	526
1. Prozessfähigkeit	526
2. Prozessführungsbefugnis	526
3. Gerichtsstand	528
4. Ordnungsgemäße Parteibezeichnung	530
5. Zustellung	531
6. Subjektive Klagehäufung	532
7. Zeugenstellung der Gesellschafter bei der Beweisaufnahme	532
8. Nebenintervention und Streitverkündung	532
9. Gesellschafterwechsel, Tod eines Gesellschafters	533

Inhaltsverzeichnis

10. Rechtsformwechsel	533
11. Besonderheiten bei den Kosten des Rechtsstreits	534
IV. Die BGB-Außengesellschaft in der freiwilligen Gerichtsbarkeit	535
1. Allgemeines	535
2. Grundbuchverfahren	536
3. Handelsregisterverfahren	539
§ 34 Zwangsvollstreckung gegen die BGB-Gesellschaft und ihre Gesellschafter	541
I. Vorbemerkung	542
II. Die herkömmliche Behandlung der BGB-Gesellschaft in der Zwangsvollstreckung	542
III. Die Zwangsvollstreckung gegen die BGB-Gesellschaft	543
1. Die Anerkennung der Parteifähigkeit der BGB-Gesellschaft und ihrer passiven Vollstreckungsfähigkeit	543
2. Vollstreckungstitel gegen die BGB-Gesellschaft als Vollstreckungsvoraussetzung	544
3. Änderungen im Gesellschafterbestand oder in der Rechtsform der Gesellschaft	546
4. Eintragung der Gesellschaft in das Gesellschaftsregister nach Erwirkung des Vollstreckungstitels	547
5. Keine Vollstreckung gegen die Gesellschafter aus einem Titel gegen die Gesellschaft	547
6. Besonderheiten bei den einzelnen Arten der Zwangsvollstreckung	548
IV. Zwangsvollstreckung in das Gesellschaftsvermögen aus einem Titel gegen alle Gesellschafter	550
V. Die Zwangsvollstreckung gegen die Gesellschafter	551
1. Titel gegen den oder die Gesellschafter	551
2. Beschränkung der Haftung auf das Gesellschaftsvermögen	552
3. Zwangsvollstreckung in den Gesellschaftsanteil des Gesellschafters	553
4. Vorrang der Zwangsvollstreckung in das Gesellschaftsvermögen?	553
5. Insolvenz der BGB-Gesellschaft	553
VI. Zwangsvollstreckung durch die BGB-Gesellschaft	553

7. Kapitel. Eintritt und Ausscheiden des Gesellschafters unter den Lebenden

§ 35 Aufnahme eines Gesellschafters	556
I. Überblick	557
II. Aufnahmevertrag	557
1. Beteiligte	557
2. Form	561
3. Abschlusserleichterungen	566
4. Zum Inhalt der Vereinbarung	568
III. Haftung des eintretenden Gesellschafters	572
IV. Weitere Rechtsfolgen der Aufnahme	573
1. Für die Gesellschaft	573
2. Für die Gesellschafter	574
V. Die fehlerhafte Aufnahme	574
§ 36 Übertragung der Gesellschafterstellung	575
I. Übertragbarkeit der Mitgliedschaft	576
1. Grundsatz	576
2. Sonderfälle	577
II. Übertragungsvertrag	577
1. Allgemeines	577
2. Die Zustimmung der Mitgesellschafter	578
3. Beteiligung Minderjähriger	580
4. Ehegüterrechtliche Zustimmungserfordernisse	581
5. Form	581
6. Vorkaufsrechte etc	583

Inhaltsverzeichnis

III. Die Haftung von Veräußerer und Erwerber	584
1. Haftung	584
2. Rückgriffsansprüche	584
IV. Weitere Rechtsfolgen der Übertragung	584
1. Für die Gesellschaft	584
2. Für die Gesellschafter	586
3. Die fehlerhafte Anteilsübertragung	589
§ 37 Ausscheiden eines Gesellschafters	590
I. Überblick, Allgemeines	591
II. Ausscheiden durch ad-hoc-Vereinbarung, nach § 723 Abs. 1 BGB oder nach § 723 Abs. 2 BGB	591
1. Ausscheiden durch ad-hoc-Austrittsvereinbarung	591
2. Ausscheiden bei Austrittskündigung eines Gesellschafters	593
3. Ausscheiden eines Gesellschafters bei Insolvenz	600
4. Ausscheiden bei Eintritt weiterer im Gesellschaftsvertrag vorgesehener Gründe	601
III. Besonderheiten in der zweigliedrigen Gesellschaft	601
IV. Die Ausschließung eines Gesellschafters	602
1. Allgemeines	602
2. Die materiellen Voraussetzungen der Ausschließung	602
3. Das Ausschließungsverfahren	605
4. Das „Übernahmerecht“ bei der zweigliedrigen Gesellschaft	607
5. Vertragliche Abwandlung des Ausschließungsrechts	607
§ 38 Folgen des Ausscheidens	609
I. Überblick	610
II. Anwachsung des Gesellschaftersanteils	611
III. Gesellschaft als Schuldner	611
IV. Befreiung von Schulden	612
V. Haftung für einen Fehlbetrag nach § 728a BGB	612
VI. Nachhaftung gegenüber Dritten	613
VII. Sicherheitsleistung	613
§ 39 Abfindung	613
I. Überblick	615
II. Anspruch auf Abfindung	615
1. Berechnung des Wertes des Anteils	615
2. Gesamtabrechnung	616
3. Ermittlung des Abfindungsanspruchs durch Abschichtungsbilanz	617
4. Aufstellung und Feststellung der Abschichtungsbilanz bzw. der Abfindungsrechnung	619
5. Entstehen und Fälligkeit des Anspruchs	620
6. Die klageweise Durchsetzung der Ansprüche	621
III. Abfindungsklauseln	622
1. Überblick	622
2. Sittenwidrigkeit	623
3. Unzulässige Kündigungsbeschränkungen	629
4. Ausübungsschranken	630
§ 40 Steuerliche Folgen bei Eintritt und Ausscheiden aus der GbR zu Lebzeiten	637
I. Die Übertragung des Gesellschaftersanteils	639
1. Einkommensteuer/Körperschaftsteuer	639
2. Gewerbesteuer	661
3. Umsatzsteuer	664
4. Grunderwerbsteuer	667
5. Schenkungsteuer	677
II. Die Aufnahme eines Gesellschafters	683
1. Einkommensteuer/Körperschaftsteuer	683
2. Gewerbesteuer	688
3. Umsatzsteuer	688

Inhaltsverzeichnis

4. Grunderwerbsteuer	689
5. Schenkungsteuer	689
III. Veränderung der Beteiligungsverhältnisse, Umwandlung der Gesellschafterstellung	690
1. Veränderung der Beteiligungsverhältnisse	690
2. Umwandlung der Gesellschafterstellung	690
IV. Das Ausscheiden aus der gewerblichen GbR	691
1. Vorbemerkung	691
2. Einkommensteuer/Körperschaftsteuer	692
3. Gewerbesteuer	697
4. Umsatzsteuer	698
5. Grunderwerbsteuer	698
6. Schenkungsteuer	698
V. Ausscheiden aus der vermögensverwaltenden GbR	699
1. Überblick	699
2. Einkommensteuer	700
3. Zebragesellschaften	702
VI. Steuerliche Folgen des Ausscheidens aus der vermögensverwaltenden Gesellschaft und bei den verbleibenden Gesellschaftern	704
1. Grunderwerbsteuer	704
2. Erbschaft- und Schenkungsteuer	705

8. Kapitel. Tod des Gesellschafters

§ 41 Gesetzeslage bei Tod eines Gesellschafters	707
I. Grundlagen	707
1. Überblick	707
2. Übertragbarkeit von Gesellschaftsanteilen	708
3. Zusammenspiel von Gesellschaftsrecht und Erbrecht	709
II. Ausscheiden des Gesellschafters und Fortsetzung der Gesellschaft durch die überlebenden Gesellschafter (§ 723 Abs. 1 Nr. 1 BGB)	710
1. Grundlagen	710
2. Schicksal des Anteils am Gesellschaftsvermögens (Anwachsprinzip)	713
3. Sonstige Rechtsfolgen der Fortsetzung	714
III. Übergangsregelung für Altgesellschaften (Art. 229 § 61 EGBGB)	719
1. Grundlagen	719
2. Tatbestandsvoraussetzungen	720
3. Rechtsfolgen	721
IV. Anmeldung zum Gesellschaftsregister	721
1. Anmeldepflicht und -inhalt	721
2. Charakter und Durchsetzung	722
§ 42 Gesellschaftsvertragliche Gestaltungen im Hinblick auf den Tod des Gesellschafters ..	722
I. Einführung	724
II. Fortsetzungsklausel	725
1. Allgemeines	725
2. Inhaltliche Ausgestaltung	727
III. Nachfolgeklausel	728
1. Allgemeines	728
2. Inhaltliche Ausgestaltung	730
3. Einfache „erbrechtliche“ Nachfolgeklausel	731
4. Qualifizierte „erbrechtliche“ Nachfolgeklausel	733
5. Die kombinierte Nachfolge- und Umwandlungsklausel	736
6. „Rechtsgeschäftliche“ Nachfolgeklausel	738
7. Vollzug des Rechtsübergangs	740
8. Bedingtes Austrittsrecht der Gesellschafter-Erben nach § 724 BGB	744
9. Sonstige Rechtsfolgen des Übergangs der Gesellschafterstellung	755
IV. Eintrittsklausel	759
1. Allgemeines	759

Inhaltsverzeichnis

2. Vollzug des Rechtsübergangs	761
3. Sonstige Rechtsfolgen	764
4. Formulierungsvorschlag	765
5. Unterschiede zwischen erbrechtlicher Nachfolge- und Eintrittsklausel in der Übersicht	765
V. Auflösungsklausel	766
1. Allgemeines	766
2. Rechtsfolgen	766
§ 43 Erbrechtliche Fragen und letztwillige Gestaltungen durch den Erblasser-Gesellschafter	767
I. Einführung	769
II. Letztwillige Verfügungsmöglichkeiten durch den Erblasser-Gesellschafter	770
1. Bei Fehlen einer gesellschaftsvertraglichen Nachfolgeregelung oder bei gesellschaftsvertraglicher Fortsetzungsklausel	770
2. Bei gesellschaftsvertraglicher Nachfolgeklausel	770
3. Bei gesellschaftsvertraglicher Eintrittsklausel	773
4. Bei gesellschaftsvertraglich Auflösung oder gesetzlich vorgesehener Beendigung der Gesellschaft	774
III. Vor- und Nacherbfolge	774
1. Zulässigkeit und Grundvoraussetzungen	774
2. Rechtsstellung von Vorerbe und Nacherbe	775
3. Anmeldungen zum Gesellschaftsregister	779
IV. Testamentsvollstreckung	779
1. Beschränkte Zulässigkeit	779
2. Ersatzkonstruktionen	782
3. Eingetragene Gesellschaft	784
V. Nachlassverwaltung, Nachlassinsolvenz	785
VI. Der vermeintliche Erbe	786
§ 44 Rechtsstellung weichender Erben und Pflichtteilsberechtigter	786
I. Einführung	787
II. Gesellschafterstellung und Nachlasszugehörigkeit	788
III. Ansprüche gegen die Gesellschaft und die verbleibenden Gesellschafter	788
1. Abfindungsansprüche	788
2. Befreiung von Verbindlichkeiten	789
3. Gläubigerrechte des verstorbenen Gesellschafters	790
IV. Haftung für im Gesellschaftsverhältnis begründete Verbindlichkeiten	791
V. Pflichtteilsrechte	791
1. Grundsätze	791
2. Pflichtteilsrechte bei gesetzlich vorgesehener Fortsetzung bzw. gesellschaftsvertraglichen Nachfolgeregelungen	791
3. Berechnung der Ansprüche	793
4. Zehn-Jahres-Frist des § 2325 Abs. 3 BGB	794
5. Anspruchsgegner und Anspruchsdurchsetzung	795
6. Möglichkeit zur Vermeidung pflichtteilsrechtlicher Ansprüche	795
VI. Erbrechtliche Ausgleichsansprüche	796
1. Grundsätze	796
2. Ausgleichsansprüche bei gesellschaftsvertraglicher Nachfolgeregelung	796
§ 45 Steuerliche Folgen beim Tod eines Gesellschafters der GbR	798
I. Einkommensteuer	799
1. Allgemeine steuerliche Folgen des Todes des Gesellschafters	799
2. Steuerliche Folgen im Hinblick auf den Gesellschafts-Anteil	799
II. Gewerbesteuer	804
III. Umsatzsteuer	804
IV. Grunderwerbsteuer	804
1. Steuertatbestand	804
2. Steuerbefreiungstatbestände gemäß § 3 GrEStG	806
3. Nichterhebung der Steuer gemäß § 6 GrEStG	806
4. Bemessungsgrundlage	807

5. Steuersatz	807
6. Steuerschuldner	807
7. Rückgängigmachung der Begünstigungen nach §§ 5, 6 GrEStG	808
V. Erbschaftsteuer	808
1. Einführung	808
2. Besteuerungstatbestände	809
3. Ermittlung der erbschaftsteuerlichen Belastung	810
9. Kapitel. Auflösung, Liquidation und Insolvenz der Gesellschaft	
§ 46 Auflösung der BGB-Gesellschaft	818
I. Einführung	819
1. Begriffe	819
2. Gesetzliche Regelung	823
3. Dispositivität der gesetzlichen Regelung	824
4. Fortsetzung der aufgelösten Gesellschaft	824
5. Abgrenzung	825
II. Gesetzliche Auflösungsgründe	825
1. Auflösung infolge Zeitablaufs (§ 729 Abs. 1 Nr. 1 BGB)	825
2. Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Gesellschaft (§ 729 Abs. 1 Nr. 2 BGB)	826
3. Ablehnung der Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse (§ 729 Abs. 3 Nr. 1 BGB)	829
4. Löschung wegen Vermögenslosigkeit (§ 729 Abs. 3 Nr. 2 BGB)	830
5. Kündigung der Gesellschaft (§§ 729 Abs. 1 Nr. 3, 731 BGB)	830
6. Die Auflösung infolge Gesellschafterbeschlusses (§§ 729 Abs. 1 Nr. 4, 732 BGB)	834
7. Erreichen des Gesellschaftszwecks oder dessen Unmöglichkeit (§ 729 Abs. 2 BGB)	836
III. Sonderfälle sofortiger Vollbeendigung	837
1. Ausscheiden des vorletzten Gesellschafters (§ 712a Abs. 1 BGB)	837
2. Vereinigung der Gesellschaftsanteile in der Person eines Gesellschafters	838
3. Kein Aktivvermögen	839
IV. Vertragliche Auflösungsgründe	840
1. Dispositivität der gesetzlichen Regelung	840
2. Kündigung durch einen Gesellschafter	840
3. Kündigung der Mitgliedschaft durch einen Privatgläubiger	840
4. Tod eines Gesellschafters	841
5. Insolvenz eines Gesellschafters	842
6. Auflösung mit Eintritt einer auflösenden Bedingung	842
V. Anmeldung der Auflösung zum Gesellschaftsregister	842
§ 47 Liquidation	843
I. Grundsätzliches und Überblick	844
1. Neuregelung der Abwicklung der BGB-Gesellschaft durch das MoPeG	844
2. Abgrenzung der Begriffe Abwicklung und Liquidation sowie Beendigung und Erlöschen	846
3. Erfordernis der Abwicklung der Gesellschaft	846
II. Abwicklungsgesellschaft	852
1. Grundsätzliches	852
2. Identität mit der verbenden Gesellschaft	852
3. Zweckänderung	852
4. Auswirkungen der Auflösung	852
III. Grundsatz der Durchsetzungssperre	857
1. Inhalt und Zweck der Durchsetzungssperre	857
2. Betroffene Ansprüche	858
3. Einstellung der wechselseitigen Ansprüche in die Schlussabrechnung, gerichtliche Geltendmachung	858
4. Ausnahmen	859

Inhaltsverzeichnis

IV. Geschäftsführung und Vertretung durch die Liquidatoren	859
1. Überblick über die gesetzliche Regelung	859
2. Gesetzlicher Regelfall: Sämtliche Gesellschafter als Liquidatoren	859
3. Publikumsgesellschaft	860
4. Erbengemeinschaft als Gesellschafter	860
5. Insolvenz eines Gesellschafters	861
6. Berufung und Abberufung von Liquidatoren durch Gesellschafterbeschluss	861
7. Gerichtliche Berufung und Abberufung von Liquidatoren	863
8. Vergütung der Liquidatoren	865
9. Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis der Liquidatoren; Weisungsbefugnis der Gesellschafter	866
10. Anmeldung der Liquidatoren zur Eintragung in das Gesellschaftsregister	868
V. Durchführung der Liquidation nach der gesetzlichen Regelung	868
1. Anspruch auf und Pflicht zur Durchführung der Liquidation	868
2. Liquidationseröffnungsbilanz	868
3. Beendigung laufender Geschäfte	869
4. Einziehung von Forderungen	869
5. Umsetzung des (übrigen) Gesellschaftsvermögens in Geld	870
6. Befriedigung der Gläubiger	871
7. Rückerstattung der Beiträge	872
8. Schlussabrechnung und Ausgleich unter den Gesellschaftern	873
9. Verteilung des Liquidationsguthabens	874
10. Grundsätzliche Dispositivität der gesetzlichen Regelung und Ausnahmen	874
VI. Fehlbetragshaftung	876
1. Aktivlegitimation der Gesellschaft	876
2. Ermittlung des Fehlbetrages durch die Schlussrechnung	876
3. Fälligkeit	877
4. Geltendmachung	877
5. Subsidiäre Ausfallhaftung	877
6. Verjährung	878
7. Dispositivität der gesetzlichen Regelung	878
VII. Alternative Optionen der Abwicklung	878
1. Grundsätzliches, Zustimmungserfordernisse	878
2. Übernahme des Gesellschaftsvermögens durch einen Gesellschafter	880
3. Realteilung, Spaltung	880
4. Rechtsformwechselnde Umwandlung	881
VIII. Beendigung der Gesellschaft	881
1. Abschluss der Liquidation	881
2. Anmeldung zum Gesellschaftsregister	882
3. Nachtragsliquidation	882
4. Nachhaftung der Gesellschafter	883
§ 48 Insolvenz	883
I. Einführung	887
II. Die Insolvenz der BGB-Gesellschaft	888
1. Die Insolvenzfähigkeit der BGB-Gesellschaft	888
2. Die Insolvenzgründe	893
3. Insolvenzantrag und Insolvenzantragspflicht	896
4. Folgen des Insolvenzantrages	898
5. Folgen der Eröffnung des Insolvenzverfahrens	899
6. Die Fortsetzung der Gesellschaft	907
III. Die Insolvenz eines Gesellschafters	907
IV. Die gleichzeitige Insolvenz der BGB-Gesellschaft und ihrer Gesellschafter (Doppelinsolvenz)	908
V. Gesellschafterdarlehen in der Insolvenz der atypischen BGB-Gesellschaft	909
1. Vorbemerkung	909
2. Rechtslage vor Inkrafttreten des MoMiG	910
3. Nachrang von Gesellschafterdarlehen nach dem MoMiG	911
4. Finanzplankredite	931

5. Überlassung von Gegenständen an die Gesellschaft zum Gebrauch	931
6. Behandlung von Gesellschafterdarlehen im Überschuldungsstatus	935
7. Gesellschafterdarlehen als erlaubnispflichtiges Bankgeschäft	937
§ 49 Steuerrechtliche Folgen der Auflösung	938
I. Überblick	940
II. Betriebsveräußerung und -aufgabe	941
1. Tatbestand der Betriebsveräußerung	941
2. Tatbestand der Betriebsaufgabe	944
3. Teilbetriebsveräußerung bzw. -aufgabe	946
4. Unentgeltliche Übertragung	947
5. Rechtsfolgen	947
III. Realteilung	951
1. Einführung	951
2. Historische Entwicklung	952
3. Begriff	952
4. Voraussetzungen	954
5. Rechtsfolgen	959
6. Sperrfrist	961
7. Körperschaftsklausel	962

10. Kapitel. Die rechtsfähige BGB-Gesellschaft in der wirtschaftsrechtlichen Praxis

§ 50 Sozietäten von Freiberuflern	964
I. Einführung	965
II. Berufs- und standesrechtliche Beschränkungen der Assozierung	967
1. Freiheit und Grenzen der Assozierung	967
2. Überörtliche Sozietät und Praxen	967
3. Zulässigkeit von Zusammenschlüssen	967
III. Die Entstehung der Gesellschaft	969
1. Die Begründung des Gesellschaftsverhältnisses durch Vertrag	969
2. Die Aufnahme weiterer Gesellschafter	970
3. Namen	970
IV. Gemeinsamer Zweck	971
V. Geschäftsführung und Vertretung	972
1. Geschäftsführung	972
2. Vertretung	973
VI. Informations- und Kontrollrechte	973
1. Gesetzliche Regelung	973
2. Besonderheiten der Freiberuflertätigkeit	974
VII. Das Gesellschaftsvermögen	974
VIII. Die Ergebnisbeteiligung	975
1. Der Anspruch auf Rechnungsabschluss und Gewinnverteilung	975
2. Die Anteile des Gesellschafters an Gewinn und Verlust	975
IX. Die Haftung für gemeinschaftliche Schulden	977
1. Haftung im Innenverhältnis	977
2. Haftung im Außenverhältnis	978
3. Haftungsbeschränkungen	978
X. Ausscheiden aus der Gesellschaft	979
1. Kündigung des Gesellschaftsvertrags	979
2. Insolvenz eines Gesellschafters	980
3. Ausschließung eines Gesellschafters	980
4. Abfindung	981
5. Sonderrechtsnachfolge zu Lebzeiten	982
6. Tod eines Gesellschafters	982
7. Versorgungsregelungen	983
8. Haftung des Ausscheidenden	983
XI. Wettbewerbsverbote	984
1. Während des Bestehens der Gesellschaft	984
2. Nach dem Ausscheiden aus der Gesellschaft	984

Inhaltsverzeichnis

XII. Die Auflösung der Gesellschaft	985
XIII. Steuerliche Besonderheiten bei einer Sozietät von Freiberuflern	986
1. Steuerliche Gewinnermittlung	986
2. Gründungsbesteuerung	986
3. Laufende Besteuerung	987
§ 51 Ärztliche Kooperationsformen (Berufsausübungs- und Organisationsgemeinschaften von Ärzten: Gemeinschaftspraxis, Medizinisches Versorgungszentrum und Praxisgemeinschaft)	989
I. Grundsätzliches	996
1. Rechtliche Rahmenbedingungen	998
2. Berufsausübungsgemeinschaften	1000
3. Organisationsgemeinschaften	1006
4. Sonstige Kooperationsformen	1008
5. Verbreitung ärztlicher Kooperationen	1009
II. Gemeinschaftspraxis	1010
1. Grundsätzliches und Begriff	1010
2. Zulässige Rechtsformen der Gemeinschaftspraxis	1010
3. Möglicher Gesellschafterkreis	1013
4. Anzeige- und Genehmigungsbedürftigkeit	1014
5. Rechts- und Parteifähigkeit der Gemeinschaftspraxis; Haftung	1015
6. Überörtliche Gemeinschaftspraxis	1016
7. Anstellung von Ärzten	1023
8. Beteiligung der Gesellschafter einer Gemeinschaftspraxis am Ergebnis und am Vermögen; Verbot der Nullbeteiligungsgesellschaft?	1023
9. Beteiligung Dritter am Ergebnis und Vermögen	1032
10. Besonderheiten beim Wechsel im Gesellschafterbestand	1034
11. Besondere Arten der Gemeinschaftspraxis	1041
III. Medizinisches Versorgungszentrum	1042
1. Grundsätzliches und Begriff	1042
2. Mögliche Rechtsformen	1043
3. Möglicher Gesellschafterkreis	1046
4. Gesellschafterwechsel	1048
5. Zulassungsvoraussetzungen	1050
6. Niederlassung	1054
7. Behandlung von Privatpatienten und Liquidation	1055
IV. Praxisgemeinschaft	1056
1. Grundsätzliches und Begriff	1056
2. Zulässige Rechtsform	1056
3. Möglicher Gesellschafterkreis	1056
4. Anzeigepflicht	1056
5. Nachbesetzungsverfahren	1056
6. Besondere Formen der Praxisgemeinschaft	1057
§ 52 Bau-Arbeitsgemeinschaften	1058
I. Einleitung	1059
1. Begriff und Bedeutung der ARGE	1059
2. Formen der ARGE	1060
II. Abgrenzung	1061
1. Beihilfe-Gemeinschaft und Beihilfe-Vertrag	1061
2. Konsortium	1061
3. Bietergemeinschaft	1061
III. Rechtsnatur der ARGE	1062
1. Traditionelle Auffassung	1062
2. Neuere Entwicklung	1063
3. Stellungnahme	1065
4. Folgen	1066
IV. Der ARGE-Vertrag	1067
1. Einführung	1067

Inhaltsverzeichnis

2. Entstehung der ARGE	1068
3. Name oder Firma der ARGE	1068
4. Zweck der ARGE	1068
5. Beteiligung der Gesellschafter	1069
6. Gesellschafterleistungen	1069
7. Organe der ARGE	1071
8. Vertretung der ARGE	1073
9. Haftung der ARGE	1074
10. Beendigung/Auflösung	1075
11. Ausscheiden eines Gesellschafters	1075
12. Auseinandersetzungsbilanz	1075
13. Gewinnverteilung in der ARGE	1076
14. Ausschüttungen und Besicherung der Rückforderung	1077
V. Der Dach-ARGE-Vertrag	1078
1. Einführung	1078
2. Beteiligung der Gesellschafter	1078
3. Rechte und Pflichten der Gesellschafter	1079
VI. Die Bietergemeinschaft	1080
1. Einführung	1080
2. Zulässigkeit der Bildung	1080
3. Berücksichtigung im Vergabeverfahren	1082
§ 53 Grundbesitzgesellschaften	1082
I. Überblick	1084
II. Die Entstehung der Gesellschaft	1085
1. Die Begründung des Gesellschaftsverhältnisses durch Vertrag	1085
2. Sonderformen der Entstehung	1086
3. Die Aufnahme weiterer Gesellschafter	1087
III. Verpflichtung auf einen gemeinsamen Zweck	1088
1. Das Halten und Verwalten von Grundbesitz als gemeinsamer Zweck einer BGB-Gesellschaft	1088
2. Beitragspflicht und allgemeine Zweckförderungspflicht	1089
IV. Geschäftsführung und Vertretung	1089
V. Informationsrechte und -pflichten	1090
VI. Das Gesellschaftsvermögen	1091
1. Eigentum an Grundstücken	1091
2. Die Eintragung der BGB-Gesellschaft im Grundbuch	1092
3. Sonstige Rechte	1093
4. Beteiligung Minderjähriger	1094
5. Grunderwerbsteuer	1095
6. Bruchteilsgemeinschaft	1097
VII. Die Ergebnisbeteiligung	1098
1. Der Anspruch auf Rechnungsabschluss und Gewinnverteilung	1098
2. Die Anteile des Gesellschafters an Gewinn und Verlust	1098
VIII. Die Darstellung der Gesellschaftsbeteiligung im Jahresabschluss des Gesellschafters	1099
IX. Die steuerliche Behandlung der Gesellschaftsbeteiligung	1099
1. Grunderwerbsteuer	1099
2. Einkommensteuer	1099
3. Umsatzsteuer	1100
4. Gewerbesteuer	1100
X. Die Haftung für Schulden der Gesellschaft	1101
1. Haftung der Gesellschaft	1101
2. Zwangsvollstreckung	1101
XI. Das Ausscheiden aus der Gesellschaft	1103
1. Gründe für das Ausscheiden	1103
2. Ausscheiden eines Gesellschafters infolge Tod des Gesellschafters	1103
3. Kündigung der Mitgliedschaft durch den Gesellschafter	1103
4. Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Gesellschafters	1104

Inhaltsverzeichnis

5. Kündigung der Mitgliedschaft durch einen Privatgläubiger des Gesellschafters	1104
6. Ausschließung eines Gesellschafters aus wichtigem Grund	1104
7. Sonderrechtsnachfolge zu Lebzeiten	1104
8. Tod eines Gesellschafters	1112
XII. Die steuerlichen Folgen des Ausscheidens aus der Gesellschaft	1113
1. Verkauf eines Gesellschaftersanteils	1113
2. Ausscheiden durch Kündigung mit anschließender Abfindungszahlung	1113
3. Ausscheiden mit Übertragung einer Eigentumswohnung oder eines Grundstücks als Abfindung	1113
XIII. Die Auflösung der Gesellschaft	1114
1. Auflösungsgründe	1114
2. Die Auseinandersetzung	1114
3. Rückgewähr von Einlagen und Ergebnisabrechnung	1114
XIV. Die fehlerhafte Gesellschaft	1115
§ 54 Joint Ventures	1115
I. Überblick	1116
1. Einleitung	1116
2. Arten von Gemeinschaftsunternehmen	1118
3. Kartellrechtliche Behandlung von Gemeinschaftsunternehmen	1119
4. Konzernrechtliche Behandlung von Gemeinschaftsunternehmen	1120
5. Konsolidierung von Gemeinschaftsunternehmen	1122
6. Gemeinsamer Zweck bei Gemeinschaftsunternehmen (§ 705 BGB)	1123
II. Joint Venture-Dokumentation	1123
1. Konsortialvertrag (Grundvereinbarung, Gesellschaftsvertrag der BGB- Gesellschaft)	1124
2. Errichtung und Satzung des Gemeinschaftsunternehmens	1124
3. Verhältnis der Satzung des Gemeinschaftsunternehmens zum Konsortialvertrag	1124
4. Durchführungsverträge	1126
III. Typische Regelungen des Konsortialvertrages	1126
1. Festlegung des Unternehmenskonzeptes	1126
2. Beitritt des Gemeinschaftsunternehmens zum Konsortialvertrag	1126
3. Stimmbindungsvereinbarungen	1127
4. Erwerbsvorrechte	1128
5. Überwindung von Pattsituationen	1129
6. Kündigungsmöglichkeiten	1130
IV. Typische Regelungen in der Satzung von Gemeinschaftsunternehmen	1131
1. Stimmverbote	1131
2. Wettbewerbsverbote	1132
3. Einziehungsregelungen	1133
§ 55 Holdings	1134
I. Definition und Erscheinungsformen	1134
1. Definition	1134
2. Erscheinungsformen	1135
3. Abgrenzung zu anderen Rechtsverhältnissen	1137
II. Mitgliedsfähigkeit der BGB-Gesellschaft bei anderen Gesellschaften	1138
1. Kapitalgesellschaften und Genossenschaften	1138
2. Personenhandelsgesellschaften	1138
3. BGB-Gesellschaften	1138
III. Gründung der Holding-BGB-Gesellschaft	1139
1. Errichtung durch Gesellschaftsvertrag	1139
2. Form	1139
3. Vertragspartner	1139
4. Vertragsinhalt	1140
IV. Die nicht vermögensbezogenen Rechte und Pflichten der Gesellschafter	1141
1. Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis	1141
2. Informationsrechte	1142

3. Treuepflicht	1143
4. Wettbewerbsverbot	1143
V. Die vermögensbezogenen Rechte und Pflichten der Gesellschafter	1144
1. Beiträge, Einlagen	1144
2. Ergebnisbeteiligung	1144
3. Haftung für gemeinschaftliche Schulden	1144
VI. Ausscheiden aus der Gesellschaft	1145
1. Kündigung, Ausschließung und Tod eines Gesellschafters	1145
2. Sonderrechtsnachfolge	1145
VII. Die Auflösung der Holding und ihre Folgen	1146

3. Teil. Die nicht rechtsfähige BGB-Gesellschaft

1. Kapitel. Grundzüge

§ 56	Rechtsnatur und gesetzliches Leitbild, Erscheinungsformen, Entstehung, anwendbares Recht	1148
I.	Rechtsnatur und gesetzliches Leitbild der nicht rechtsfähigen Gesellschaft	1149
1.	Rechtsnatur der nicht rechtsfähigen Gesellschaft	1149
2.	Gesetzliches Leitbild der nicht rechtsfähigen Gesellschaft	1152
II.	Erscheinungsformen der nicht rechtsfähigen Gesellschaft	1153
III.	Entstehung der nicht rechtsfähigen Gesellschaft	1154
1.	Grundtatbestand der Gesellschaft (§ 705 Abs. 1 BGB)	1154
2.	Ausrichtung des Gesellschaftszwecks – Abgrenzung zur rechtsfähigen Gesellschaft	1157
3.	Umwandlung zwischen beiden Rechtsformvarianten	1162
4.	Rechtsfähige Gesellschaft kraft Rechts Scheins	1164
IV.	Auf die nicht rechtsfähige Gesellschaft anwendbares Recht	1164
1.	Außenverhältnis	1164
2.	Innenverhältnis	1164
3.	Analoge Anwendung weiterer Vorschriften und Rechtsgrundsätze	1168
§ 57	Beendigung und Auseinandersetzung	1171
I.	Beendigung	1171
1.	Grundlagen	1171
2.	Gesetzliche Beendigungsgründe und darauf anwendbares Recht (§ 740a Abs. 2, Abs. 3 BGB)	1172
3.	Beschluss über die „Fortsetzung“ der nicht rechtsfähigen Gesellschaft (§ 734 Abs. 1, Abs. 2 BGB)	1178
4.	Gesellschaftsvertragliche Beendigungsgründe	1178
II.	Auseinandersetzung	1179
1.	Auseinandersetzung unter den Gesellschaftern (§ 740b Abs. 1 BGB)	1179
2.	Auseinandersetzungsverfahren (§ 740b Abs. 2 BGB)	1179
3.	Gestaltungsbedarf und Grenzen der Gestaltungsmöglichkeiten	1183
§ 58	Ausscheiden und Ausschließung eines Gesellschafters	1183
I.	Ausscheiden eines Gesellschafters	1183
1.	Gesellschaftsvertragliche Umwandlung gesetzlicher Beendigungsgründe in Ausscheidensgründe (§ 740c Abs. 1 BGB)	1184
2.	Ausschließung eines Gesellschafters im Besonderen (§ 740c Abs. 2 i. V. m. § 727 BGB)	1185
3.	Weitere gesellschaftsvertragliche Ausscheidensgründe	1186
II.	Rechtsfolgen des Ausscheidens	1186
1.	Fortsetzung der nicht rechtsfähigen Gesellschaft (§ 740c Abs. 1 BGB)	1186
2.	Abfindung und Fehlbetragshaftung des ausgeschiedenen Gesellschafters (§ 740c Abs. 2 i. V. m. §§ 728, 728a BGB)	1187

Inhaltsverzeichnis

2. Kapitel. Nicht rechtsfähige BGB-Gesellschaften in der wirtschaftsrechtlichen Praxis

§ 59	Unterbeteiligungen	1188
	I. Definition und Rechtsgrundlagen	1189
	1. Definition	1189
	2. Rechtsgrundlagen	1191
	II. Erscheinungsformen, Typen und Abgrenzung zu anderen Rechtsverhältnissen	1192
	1. Erscheinungsformen	1192
	2. Typen der Unterbeteiligung	1193
	3. Abgrenzung zu anderen Rechtsverhältnissen	1194
	III. Gründung der Unterbeteiligungsgesellschaft	1196
	1. Errichtung durch Gesellschaftsvertrag	1196
	2. Form	1197
	3. Vertragspartner	1198
	4. Geschäftsunfähige, Minderjährige	1198
	5. Vertragsinhalt	1199
	6. Fehlerhafte Gesellschaft	1200
	IV. Die nicht vermögensbezogenen Rechte und Pflichten der Gesellschafter	1201
	1. Geschäftsführung	1201
	2. Vertretung	1203
	3. Kontroll- und Informationsrechte	1203
	4. Treupflicht	1204
	5. Wettbewerbsverbot	1205
	V. Vermögensbezogene Rechte und Pflichten der Gesellschafter	1205
	1. Beiträge, Einlagen	1205
	2. Ergebnisbeteiligung	1206
	3. Entnahmen	1211
	4. Kapitalveränderungen in der Hauptgesellschaft	1211
	5. Verfügungen über Gesellschafterrechte	1212
	VI. Haftung	1213
	1. Pflichtverletzungen in der Unterbeteiligungsgesellschaft	1213
	2. Haftung aus Verbindlichkeiten des Hauptbeteiligten	1214
	VII. Tod eines Gesellschafters	1215
	VIII. Auflösung der Unterbeteiligung und ihre Folgen	1216
	1. Bedeutung der Auflösung	1216
	2. Auflösungsgründe	1217
	3. Keine Auflösungsgründe	1219
	4. Auseinandersetzung	1220
§ 60	Kreditkonsortien und Sicherheitenpools	1223
	I. Die Entstehung von Kreditkonsortien und Sicherheitenpools	1226
	1. Wirtschaftliche Bedeutung	1226
	2. Entstehung und Vertragsinhalt beim Kreditkonsortium	1228
	3. Entstehung und Vertragsinhalt beim Sicherheitenpool	1229
	4. Rechtliche Einordnung von Kreditkonsortien und Sicherheitenpools	1230
	II. Die Verpflichtung auf den gemeinsamen Zweck	1238
	1. Beitrags- und Zweckförderungspflichten beim Konsortialkredit	1238
	2. Beitrags- und Zweckförderungspflichten beim Sicherheitenpool	1239
	III. Geschäftsführung und Vertretung	1244
	1. Die Rechtsstellung von Konsortialführer und Poolführer bzw. Sicherheiten-Treuhänder im Innenverhältnis der Konsorten und Poolmitglieder	1244
	2. Die Rechtsstellung von Konsortialführer und Poolführer bzw. Sicherheiten-Treuhänder im Außenverhältnis zum Kreditnehmer	1247
	3. Mehrheit von Konsortialführern und Poolführern bzw. Sicherheiten-Treuhändern	1248
	IV. Das Informations- und Kontrollrecht der Konsorten und Poolmitglieder	1249

Inhaltsverzeichnis

V. Das Gesellschaftsvermögen	1250
1. Kreditkonsortium	1250
2. Sicherheitenpool	1250
VI. Die Ergebnisbeteiligung und Verwertung	1250
1. Der Anspruch auf Rechnungsabschluss und Gewinnverteilung	1250
2. Die Beteiligung der Konsorten und Poolmitglieder an Gewinn und Verlust	1251
VII. Die bilanzielle Darstellung von Beteiligungen an Kreditkonsortien und Sicherheitenpools	1253
1. Handelsbilanzrechtliche Behandlung	1253
2. Bankaufsichtsrecht	1254
VIII. Die steuerliche Behandlung von Erträgen aus der Konsortialbeteiligung und aus der Verwertung von Poolsicherheiten	1255
1. Ertragsteuerliche Behandlung von Zinserträgen bei innerdeutschen Rechtsbeziehungen	1255
2. Ertragsteuerliche Behandlung von Zinserträgen bei grenzüberschreitenden Rechtsbeziehungen	1255
3. Ertragsteuerliche Behandlung von Verwertungserlösen	1257
4. Andere Steuerfragen	1257
IX. Kartellrecht	1258
X. Die Haftung der Konsorten und Poolmitglieder für gemeinschaftliche Schulden	1258
1. Begrenzung der Kreditauszahlungspflicht der Konsorten auf die Beteiligungsquote	1258
2. Haftung der Poolmitglieder oder des Sicherheiten-Treuhänders im Zusammenhang mit der Bestellung, Verwaltung und Verwertung von Kreditsicherheiten	1259
XI. Nachträglicher Eintritt und Ausscheiden von Konsorten und Poolmitgliedern	1260
1. Aufnahme neuer Mitglieder und Übertragbarkeit der Mitgliedschaft	1260
2. Ausscheiden von Konsorten und Poolmitgliedern	1261
XII. Die steuerlichen Folgen des Ausscheidens aus Kreditkonsortien oder Sicherheitenpools	1262
XIII. Die Auflösung von Kreditkonsortien und Sicherheitenpools	1263
1. Die Beendigung des Konsortialvertrages	1263
2. Die Beendigung des Konsortialkreditvertrages	1263
3. Die Beendigung des Poolvertrages	1264
4. Die Auseinandersetzung und Abwicklung von Kreditkonsortien und Sicherheitenpools	1265
XIV. Anwendbarkeit der Grundsätze der fehlerhaften Gesellschaft auf Kreditkonsortien und Sicherheitenpools	1265
XV. Internationales Privatrecht und Zivilverfahrensrecht	1266
1. Zulässigkeit der Rechtswahl und mangels Rechtswahl anwendbares Recht	1266
2. Einzelanknüpfungen und Schranken der Rechtswahl	1268
3. Gerichtsstands-, Schieds- und Immunitätsverzichtsklauseln	1270
§ 61 Emissionskonsortien	1271
I. Vorbemerkung	1272
II. Das Konsortialgeschäft der Banken	1273
1. Entwicklung	1273
2. Effektenkonsortialgeschäft	1273
3. Rolle des Konsortiums	1278
4. Interessen	1280
III. Rechtliche Gestaltung	1282
1. Außen- und Innenkonsortien	1285
2. Unterkonsortien	1286
3. Meta-Geschäfte	1286
4. Zuordnungen und Abgrenzungen	1286
5. Arten von Konsortialverträgen	1290

Inhaltsverzeichnis

6. Inhalt und Änderung von Konsortialverträgen	1291
7. Rechte und Pflichten der Konsortialbanken	1292
8. Konsortialführung	1293
9. Konsortialvermögen	1295
10. Auflösung des Konsortiums	1296
11. Verträge mit den Emittenten	1297
12. Rechtsverhältnis zu den Anlegern	1298
IV. Internationale Emissionskonsortien	1300
1. Internationalität der Emission	1300
2. Internationalität des Konsortiums	1300
V. Aktienrecht	1302
1. Beratung des Emittenten	1302
2. Einzahlungsnachweis	1302
3. Mittelbares Bezugsrecht	1303
4. Mitteilungspflichten	1304
5. Erwerb eigener Aktien	1304
VI. Öffentliches Bankrecht	1304
1. Kreditwesengesetz	1304
2. Der Zentrale Kapitalmarktausschuss	1305
VII. Währungs- und Außenwirtschaftsrecht	1305
1. Währungsrecht	1305
2. Außenwirtschaftsrecht	1305
3. Fremdes Devisenrecht	1306
VIII. Kapitalmarktrecht	1306
1. Börsenrecht	1306
2. Wertpapierübernahmerecht	1307
3. Wertpapierhandelsrecht	1307
IX. Kartellrecht	1308
1. Einzelkonsortien	1308
2. Dauerkonsortien	1309
X. Steuerrecht	1309
1. Einzelkonsortien	1310
2. Dauerkonsortien	1310
§ 62 Kooperationen zwischen Wettbewerbern	1310
I. Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen	1313
II. Prinzip der Legalausnahme	1319
1. Generalklausel, § 2 GWB	1320
2. Mittelstandskartelle, § 3 GWB	1328
III. Mittel zur Minderung der Rechtsunsicherheit – Unbedenklichkeitsbescheinigung und Verfahren auf Anerkennung	1333
1. Verfahren nach § 32c GWB	1333
2. Verfahren nach den §§ 24, 26 GWB	1336
IV. Horizontale Kooperationsformen in der kartellrechtlichen Praxis	1336
1. Arbeitsgemeinschaften/Bietergemeinschaften	1337
2. Einkaufsgemeinschaften	1338
3. Vermarktungsgemeinschaften	1341
4. Produktions- und Spezialisierungsvereinbarungen	1343
5. Forschungs- und Entwicklungsgemeinschaften	1345
6. Normen- und Typenvereinbarungen	1347
7. Umweltschutz- bzw. Nachhaltigkeitsvereinbarungen	1351
8. Marktinformationssysteme	1353
9. B2B-Internetplattformen	1355
10. Verwaltungskooperationen	1356
§ 63 Stimmbindungsgemeinschaften	1356
I. Einführung	1357
II. Gesellschafterpflichten in der Stimmbindungsgemeinschaft	1360
1. Der Verpflichtungsgegenstand	1360
2. Die rechtliche Qualifikation der Gesellschafterpflichten	1361

Inhaltsverzeichnis

III. Die Organisation der Stimmbindungsgemeinschaft	1362
1. Allgemeines	1362
2. Stimmbindungsgemeinschaften mit Mitgliederverfassung	1362
3. Stimmbindungsgemeinschaften mit Vertreterverfassung	1368
IV. Die Durchsetzung der Stimmbindung	1374
1. Erfüllungsansprüche in der Stimmbindungsgemeinschaft und Nichterfüllungsfolgen	1374
2. Die Auswirkung pflichtwidrigen Stimmverhaltens und nicht legitimierter Stimmabgabe auf die Beschlüsse im übergeordneten Verband	1379
V. Der Schutz der Stimmbindungsgemeinschaft durch Rechtsnachfolgeregelung	1383
1. Die Problemlage	1383
2. Die Rechtsnachfolge unter Lebenden	1383
3. Die Rechtsnachfolge von Todes wegen	1386
VI. Kündigung und Ausschluss aus der Stimmbindungsgemeinschaft	1388
1. Die Kündigung der Mitgliedschaft in der Stimmbindungsgemeinschaft und deren Folgen	1388
2. Der Ausschluss aus der Stimmbindungsgemeinschaft	1392
3. Vorläufige Sicherung von Kündigungs- und Ausschlussfolgen	1392
VII. Transparenzregister	1393
1. Ebene der Stimmbindungsgemeinschaft	1393
2. Ebene des übergeordneten Verbandes	1394

4. Teil. Die Partnerschaftsgesellschaft

§ 64 Einführung: Entwicklung, Begriff und Bedeutung der Partnerschaft	1395
I. Zum Gesetzgebungsverfahren	1397
II. Die Partnerschaft im Überblick	1398
III. Die Zielgruppe des Gesetzes	1400
IV. Vor- und Nachteile der Rechtsform	1401
1. Vorteile im Vergleich zur BGB-Gesellschaft	1401
2. Vorteile im Vergleich zur GmbH	1401
3. Nachteile im Vergleich zur BGB-Gesellschaft	1402
4. Nachteile im Vergleich zur GmbH	1402
§ 65 Die Partnerschaft im System des Gesellschafts- und Steuerrechts	1403
I. Zur Rechtsnatur der Partnerschaftsgesellschaft	1403
II. Die Rechtsfähigkeit der Partnerschaft	1403
III. Die steuerliche Behandlung der Partnerschaft	1404
§ 66 Entstehung der Partnerschaftsgesellschaft	1405
I. Der Partnerschaftsvertrag	1405
1. Vorbemerkung	1405
2. Mindestinhalt	1405
3. Form	1406
II. Der Name der Partnerschaft	1406
III. Das Eintragungsverfahren	1407
§ 67 Persönlicher Anwendungsbereich	1409
I. Der Freiberufler-Katalog	1410
II. Berufsrechtsvorbehalt	1410
III. Einzelne Freie Berufe	1410
§ 68 Interprofessionelle Zusammenschlüsse	1414
I. Die Ausgangslage nach dem PartGG	1414
II. Bereits bestehende Zusammenarbeitsregelungen	1415
§ 69 Verhaltenspflichten und Mitwirkungsrechte der Partner	1416
I. Freiheit und Grenzen partnerschaftsvertraglicher Regelungen	1416
II. Beitragspflichten der Partner	1416
1. Freiberufliche Dienste	1416
2. Wettbewerbsverbot	1417
3. Kapitalbeiträge	1419

Inhaltsverzeichnis

III. Geschäftsführung	1419
IV. Gesellschafterbeschlüsse	1421
V. Informationsrecht	1421
§ 70 Vermögensrechtliche Innenbeziehungen der Partner	1422
I. Gewinnverteilung	1422
II. Anteilsübertragung	1422
§ 71 Haftungsregelungen der Partnerschaftsgesellschaft	1423
I. Der Umfang der Haftung	1423
II. Die Haftungskonzentration	1423
1. Frühere Rechtslage	1424
2. Rechtslage seit dem 1.8.1998	1424
3. Zum Gesetzeszweck	1424
4. Die Person des verantwortlichen Partners	1425
5. Umfang des Haftungsausschlusses	1425
6. Haftung gegenüber Dritten	1426
III. Die Haftungshöchstsummenbeschränkung	1426
IV. Die Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung	1426
§ 72 Auflösung, Ausscheiden, Ausschluss, Vererbung, Abfindung	1427
I. Auflösung und Liquidation	1427
1. Auflösung der Partnerschaft	1427
2. Liquidation der Partnerschaft	1428
II. Ausscheiden eines Partners	1430
1. Kündigung des ausscheidenden Partners	1430
2. Kündigung durch Privatgläubiger und Ausscheiden infolge der Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen eines Partners	1431
3. Verlust der Zulassung zum Freien Beruf	1431
4. Tod des Partners	1432
III. Ausschließung eines Partners	1432
1. Das Ausschließungsverfahren	1432
2. Die Ausschließungsgründe	1433
IV. Vererbung und Nachfolgeklauseln	1434
1. Grundsatz der Nichtvererblichkeit	1434
2. Vertragliche Nachfolgeregeln	1435
V. Auseinandersetzung und Abfindung	1436
1. Auseinandersetzung, Anwachsung und Befreiung von Verbindlichkeiten	1436
2. Die Abfindung des ausscheidenden Partners	1436
§ 73 Umwandlung	1437
I. Einführung	1437
II. Von der Personengesellschaft zur Partnerschaft	1437
III. Von der GmbH zur Partnerschaft	1438
IV. Von der Partnerschaft zur OHG	1439
V. Von der Partnerschaft zur GmbH	1439
VI. Verschmelzung zweier Partnerschaften	1439
§ 74 Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung (PartG mbB)	1440
I. Änderung des PartGG	1441
II. Voraussetzungen	1441
III. Wege in die PartG mbB	1443
1. Neugründung	1443
2. „Umwandlung“ einer herkömmlichen Partnerschaftsgesellschaft	1443
3. Wechsel aus einer GbR	1444
4. Wechsel aus einer LLP	1445
5. Wechsel aus Kapitalgesellschaften	1445
6. Wechsel aus einer GmbH 1445	1445
IV. Außenhaftung	1445
V. Innenhaftung	1446

VI. Gründe für eine PartG mbB	1447
VII. Gründe gegen eine PartG mbB	1448

5. Teil. Die Offene Handelsgesellschaft

1. Kapitel. Entwicklung, Bedeutung und Entstehung der Gesellschaft

§ 75 Einführung: Entwicklung, Begriff und Bedeutung der OHG	1449
I. Entwicklung	1449
II. Begriff	1450
III. Wirtschaftliche Bedeutung	1451
§ 76 Errichtung durch Gründungsvertrag	1454
I. Voraussetzungen der Entstehung	1456
1. Notwendigkeit eines Gesellschaftsvertrages	1456
2. Fehlerhafter Gesellschaftsvertrag	1456
3. Zusammenschluss ohne Gesellschaftsvertrag	1457
II. Entstehung der Gesellschaft	1457
1. Allgemeines	1457
2. Entstehung im Innenverhältnis	1458
3. Entstehung der Gesellschaft als Gesamthandsgemeinschaft	1458
4. Entstehung der Gesellschaft im Verhältnis zu Dritten	1458
III. Gesellschafter	1460
1. Allgemeines	1460
2. Natürliche Personen	1462
3. Juristische Personen	1462
4. Personenvereinigungen	1463
5. Ausländische Gesellschaften	1466
IV. Gesellschaftsvertrag	1468
1. Rechtsnatur des Gesellschaftsvertrages	1468
2. Inhalt des Gesellschaftsvertrages	1470
3. Form des Gesellschaftsvertrages	1475
4. Genehmigungserfordernisse	1476
5. Änderungen des Gesellschaftsvertrages	1478
§ 77 Sonderformen der Entstehung	1482
I. Überblick	1483
II. Entstehung durch Umwandlung nach dem UmwG	1484
1. Formwechsel einer Kapitalgesellschaft in eine OHG	1484
2. Entstehung durch Spaltung eines anderen Rechtsträgers	1487
III. Entstehung aus einer anderen Personengesellschaft oder einer Vor-GmbH	1491
1. Entstehung aus einer BGB-Gesellschaft	1491
2. Entstehung aus einer Kommanditgesellschaft	1492
3. Entstehung aus einer Vor-GmbH	1492
§ 78 Firma, Sitz und Gegenstand des Unternehmens	1493
I. Gesetzesgeschichte	1495
II. Begriff, Rechtsnatur und Bedeutung der Firma	1497
1. Der Begriff der Firma	1497
2. Die Rechtsnatur der Firma	1499
3. Die Bedeutung der Firma	1500
III. Die Grundsätze des Firmenrechts	1501
1. Rechtliche Bedeutung der Grundsätze	1501
2. Grundsatz der Firmenwahrheit	1501
3. Grundsatz der Firmenunterscheidbarkeit	1502
4. Grundsatz der Firmenbeständigkeit	1502
5. Grundsatz der Firmenöffentlichkeit	1502
6. Grundsatz der Firmeneinheit	1502
IV. Gesetzliche Anforderungen an eine neu zu bildende Firma	1503
1. Grundzüge	1503

Inhaltsverzeichnis

2. Kennzeichnungseignung	1503
3. Unterscheidungskraft	1505
4. Rechtsformzusätze	1505
5. Irreführungsverbot	1506
V. Die ursprüngliche Firma der offenen Handelsgesellschaft	1507
1. Notwendige Firmenbestandteile	1507
2. Die Personenfirma	1507
3. Die Sachfirma	1510
4. Die Fantasiefirma	1512
5. Die gemischte Firma	1512
6. Firmenzusätze	1512
7. Die Firma der Zweigniederlassung	1518
8. Die Firma der Kapitalgesellschaft	1518
VI. Entstehen, Änderung und Erlöschen der Firma	1521
1. Entstehen	1521
2. Änderung	1521
3. Erlöschen	1522
4. Eintragung im Handelsregister	1522
VII. Firmenfortführung bei Namensänderung, bei Erwerb des Handelsgeschäfts und bei Änderungen im Gesellschafterbestand (§§ 21–24 HGB)	1523
1. Firmenfortführung bei Namensänderung (§ 21 HGB)	1523
2. Firmenfortführung bei Erwerb des Handelsgeschäfts (§ 22 Abs. 1 HGB)	1523
3. Firmenfortführung bei Erwerb aus einer Insolvenzmasse	1527
4. Firmenfortführung auf Grund eines Nießbrauchs oder eines Pachtvertrags (§ 22 Abs. 2 HGB)	1528
5. Firmenfortführung bei Umwandlungen (§§ 18, 200 UmwG)	1529
6. Firmenfortführung bei Gesellschafterwechsel (§ 24 HGB)	1530
7. Haftungsfolgen bei Firmenfortführung (§§ 25–28 HGB)	1532
VIII. Firmenschutz	1536
1. Firmenmissbrauchsverfahren	1536
2. Materieller Firmenschutz	1537
3. Ansprüche aus UWG	1538
IX. Sitz	1538
1. Der Sitz der Personenhandelsgesellschaft	1538
2. Bedeutung	1538
3. Anmeldung zum Handelsregister	1539
4. Sitzverlegung im Inland	1539
5. Sitzverlegung mit Auslandsbezug	1539
X. Gegenstand des Unternehmens	1543
1. Abgrenzung des gemeinsamen Zwecks und des Unternehmensgegenstandes	1543
2. Bestimmung des Unternehmensgegenstandes	1543
3. Bedeutung	1543
§ 79 Anmeldung und Eintragung in das Handelsregister	1544
I. Bedeutung des Handelsregisters und der Registereintragung	1545
II. Anmeldung zum Handelsregister	1547
1. Der Antrag auf Eintragung und Antragssteller	1547
2. Vertretung bei der Anmeldung zum Handelsregister	1549
3. Eintragungspflichtige und eintragungsfähige Tatsachen	1553
4. Handelsregisterangaben der OHG	1554
5. Öffentlich-rechtliche Anmeldepflichten	1557
6. Form, Sprache der Handelsregisteranmeldung	1557
7. Firmenzeichnung	1558
III. Eintragung und Bekanntmachung von Handelsregisteranmeldungen	1558
1. Das Registergericht	1558
2. Prüfung der Anmeldung	1559
3. Entscheidungen des Registergerichts	1560
4. Bekanntmachung der Eintragung	1561
5. Kosten der Eintragung	1561

Inhaltsverzeichnis

IV. Die Rechtsfolgen der Eintragung und ihrer Bekanntmachung	1561
1. Publizitätswirkung des Handelsregisters	1561
2. Die negative Publizität (§ 15 Abs. 1 HGB)	1562
3. Wirkungen richtiger Eintragungen und Bekanntmachungen (§ 15 Abs. 2 HGB)	1563
4. Die positive Publizität (§ 15 Abs. 3 HGB)	1563
5. Publizitätswirkung des Zweigniederlassungsregisters (§ 15 Abs. 4 HGB)	1563
6. Schadenersatzansprüche wegen unrichtiger Eintragungen	1564
§ 80 Öffentlichrechtliche Anzeigepflichten und Genehmigungsvorbehalte	1564
I. Der Grundsatz der Gewerbefreiheit	1564
II. „Gewerbetreibende“ in der OHG	1565
III. Gewerbebeschränkungen durch die Rechtsform der Gesellschaft	1567
IV. Gewerberechtliche Anzeigepflichten	1568
V. Gewerberechtliche Genehmigungsvorbehalte	1569
1. Bedeutung der Genehmigungsvorbehalte	1569
2. Tätigkeits- und Betriebserlaubnis	1569
3. Eintragung in die Handwerksrolle	1570
4. Genehmigung als Voraussetzung für die Handelsregistereintragung	1570
§ 81 Kartellrechtliche Grenzen	1571
I. Kartellrecht als Grenze gesellschaftsvertraglicher Gestaltungsfreiheit	1573
II. Kartellverbot	1576
1. Der Unternehmensbegriff	1577
2. Vereinbarungen, Beschlüsse, abgestimmtes Verhalten	1578
3. Wettbewerbsbeschränkung	1578
4. Spürbarkeit der Wettbewerbsbeschränkung	1583
5. Rechtsfolgen eines Kartellverstoßes, insbesondere für die Wirksamkeit des Gesellschaftsvertrages	1586
III. (Formelle) Zusammenschlusskontrolle	1592
1. Überblick: Wann ist eine Transaktion anmeldepflichtig?	1597
2. Aufgreifschwelen und Anmeldeverfügung	1599
3. Zusammenschluss	1604
4. Inhalt der Anmeldung/Anzeige	1612
5. Verwaltungsverfahren nach Anmeldung	1614
6. Marktstrukturmissbrauch – Kontrolle fusionskontrollfreier Zusammenschlüsse nach Maßgabe von Art. 102 AEUV bzw. § 19 GWB?	1615
IV. Die Durchsetzung gesellschaftsvertraglicher Regelungen vor Schiedsgerichten	1617

2. Kapitel. Geschäftsführung und Vertretung

§ 82 Geschäftsführung	1620
I. Grundlagen	1621
1. Überblick	1621
2. Abgrenzung von Geschäftsführung und Vertretung	1621
3. Grundsatz der Selbstorganschaft	1624
4. Recht auf und Pflicht zur Geschäftsführung	1626
5. Haftung	1630
6. Anspruch auf Entlastung	1632
II. Gesetzliche Regelungen der Geschäftsführungsbefugnis	1633
1. Einzelgeschäftsführung	1633
2. Widerspruchsrecht	1634
III. Vertragliche Regelung der Geschäftsführungsbefugnis	1640
1. Zulässigkeit und Gründe	1640
2. Übertragung der Geschäftsführung	1641
3. Gesamtgeschäftsführung	1641
4. Aufteilung der Geschäftsführung	1642
IV. Geschäftsführungsmaßnahmen ohne Geschäftsführungsbefugnis	1643
1. Notgeschäftsführung	1643
2. Actio pro socio	1643

Inhaltsverzeichnis

V. Nichtorganschaftliche Rechte und Pflichten des geschäftsführenden Gesellschafters	1644
1. Vergütung	1644
2. Aufwendungsersatz	1644
VI. Der Beirat	1644
§ 83 Vertretung	1645
I. Grundlagen	1646
1. Begriff der organschaftlichen Vertretung	1646
2. Umfang der Vertretungsbefugnis	1647
3. Grundsatz der Selbstorganschaft	1649
II. Gesetzliche Regelung der Vertretungsbefugnis	1650
III. Vertragliche Regelung der Vertretungsbefugnis	1651
1. Ausschluss von der Vertretung	1651
2. Gesamtvertretung durch mehrere Gesellschafter	1651
3. Einzelermächtigung an Gesamtvertreter	1652
4. Gemischte Gesamtvertretung	1652
IV. Eintragungen in das Handelsregister	1653
1. Eintragungspflichtige Tatsachen	1653
2. Wirkungen	1654
V. Mängel der Vertretung	1654
1. Allgemeines	1654
2. Vertretung ohne Vertretungsmacht	1654
3. Missbrauch der Vertretungsmacht	1654
§ 84 Beendigung von Geschäftsführung und Vertretung	1655
I. Entziehung	1656
1. Anwendungsbereich	1656
2. Wichtiger Grund	1657
3. Entziehungsverfahren	1658
4. Teilentziehung	1661
5. Wirkungen	1661
II. Kündigung	1662
1. Voraussetzungen	1662
2. Ausübung	1663
3. Wirkungen	1664
III. Sonstige Beendigungsgründe	1664
 3. Kapitel. Allgemeine Rechte und Pflichten aus der Mitgliedschaft	
§ 85 System der Mitgliedschaftsrechte und -pflichten	1665
I. Grundsätze zu Inhalt und Ausübung der Mitgliedschaftsrechte und -pflichten in der OHG, Änderungen durch das MoPeG	1665
1. Gestaltungsfreiheit (§ 108 HGB)	1665
2. Abspaltungsverbot (§ 711a BGB, § 105 Abs. 3 HGB)	1666
3. Einheitlichkeit der Mitgliedschaft	1667
4. Treuepflicht	1667
5. Gleichbehandlungsgrundsatz	1668
II. Besondere Mitgliedschaftsrechte und -pflichten in der OHG	1669
III. Systematische Einteilung der Mitgliedschaftsrechte und -pflichten	1673
1. Verwaltungs- und Vermögensrechte	1673
2. Eigennützige und uneigennützige Rechte	1675
3. Unverzichtbare und unentziehbare Rechte	1676
4. Allgemeine Mitgliedschaftsrechte und Sonderrechte	1678
5. Sozialansprüche und -verbindlichkeiten	1679
§ 86 Stimmrecht	1679
I. Überblick, Änderungen durch das MoPeG	1680
II. Rechtsnatur und Ausübung des Stimmrechts	1680

Inhaltsverzeichnis

III. Stimmrechtsausübung durch Dritte	1682
1. Stellvertretung	1682
2. Stimmrecht gesellschaftsfremder Dritter	1685
IV. Stimmpflichten	1686
1. Zustimmungspflicht qua Treuepflicht	1687
2. Stimmbindungsverträge	1688
V. Gesetzliche Stimmverbote	1690
VI. Vertragliche Stimmrechtsbeschränkungen und Ausschluss	1692
§ 87 Informationsrechte	1693
I. Überblick, Änderungen durch das MoPeG	1694
II. Das individuelle Informationsrecht (§ 717 Abs. 1 BGB, § 105 Abs. 3 HGB)	1694
1. Informationsberechtigte	1695
2. Informationsverpflichtete	1697
3. Gegenstand und Inhalt des Informationsrechts	1697
4. Gesetzliche Schranken des Informationsrechts	1700
5. Gesellschaftsvertragliche Regelungen	1702
6. Gerichtliche Durchsetzung	1703
III. Das Informationsrecht der Gesellschaft (§ 717 Abs. 2 BGB, § 105 Abs. 3 HGB)	1704
IV. Sonstige Informationsrechte	1705
1. Informationsrecht aus § 810 BGB	1705
2. Informationsansprüche der Gesellschafter untereinander	1706
§ 88 Wettbewerbsverbot	1707
I. Einführung	1708
II. Umfang des Wettbewerbsverbots	1709
1. Adressatenkreis des Wettbewerbsverbots	1709
2. Zeitlicher Geltungsbereich – Dauer des Wettbewerbsverbots	1711
3. Sachlicher Geltungsbereich – vom Wettbewerbsverbot erfasste Handlungen	1712
4. Räumlicher Geltungsbereich	1716
5. Einwilligung	1716
III. Rechtsfolgen der Verletzung des Wettbewerbsverbots	1718
1. Schadensersatzanspruch	1718
2. Eintrittsrecht	1719
3. Geltendmachung	1722
4. Verjährung	1724
5. Sonstige Rechte	1725
IV. Vertragliche Gestaltungsmöglichkeiten	1726
1. Gestaltung des Tatbestands	1726
2. Gestaltung der Rechtsfolgen	1729
V. Geschäftschancenlehre	1730
VI. Gesellschaftsrechtliches Wettbewerbsverbot und Kartellrecht (§ 1 GWB)	1731
1. Spannungsverhältnis zwischen § 1 GWB und einem gesellschaftsrechtlichen Wettbewerbsverbot	1731
2. Rechtsfolgen eines Verstoßes des Wettbewerbsverbots gegen § 1 GWB	1733
§ 89 Beschlussfassung und Beschlussmängelrecht	1734
I. Beschlussfassung	1735
1. Überblick, Änderungen durch das MoPeG	1735
2. Beschlussfassung in der Gesellschaftsversammlung (§ 109 Abs. 1 BGB)	1736
3. Einberufung der Gesellschafterversammlung (§ 109 Abs. 2 BGB)	1738
4. Beschlussverfahren	1740
5. Einstimmigkeit (§ 109 Abs. 3 BGB) und Mehrheitsentscheidungen	1744
II. Beschlussmängelrecht	1745
1. Überblick, Änderungen durch das MoPeG	1745
2. Arten von Beschlussmängeln	1746
3. Anfechtungsklage	1750
4. Nichtigkeitsklage	1757
5. Positive Beschlussfeststellungsklage	1758
6. Allgemeine Feststellungsklage	1759

Inhaltsverzeichnis

7. Einstweiliger Rechtsschutz	1760
8. Schiedsklauseln	1760
4. Kapitel. Vermögensbezogene Rechte und Pflichten	
§ 90 Beitragspflicht	1762
I. Wesen der Beiträge	1764
1. Beitrag und Einlage, Definition und Abgrenzung	1764
2. Notwendigkeit von Beiträgen	1764
II. Art der Beiträge	1765
1. Einbringung von Geld	1765
2. Gewährung von Darlehen	1765
3. Sacheinlagen	1766
4. Sachgesamtheiten, insbesondere Unternehmen	1767
5. Immaterielle Wirtschaftsgüter, insbesondere Know-how und Goodwill	1767
6. Dienstleistungen	1767
7. Sonstige Beiträge	1768
III. Beiträge und individualvertraglich geschuldete Leistungen	1768
1. Abgrenzung	1768
2. Folgen	1768
IV. Umfang der Beitragspflicht	1769
V. Bewertung der Beiträge	1769
VI. Erbringung der Beiträge	1770
1. Leistung der Beiträge	1770
2. Verfügung über den Einlageanspruch	1773
3. Befristung, Bedingung und Verjährung der Beitragsforderung	1774
4. Formvorschriften bei der Erbringung von Sacheinlagen	1775
5. Einziehung der Beiträge	1776
VII. Leistungsstörungen bei der Erbringung der Beiträge	1776
1. Anwendbarkeit der §§ 320 ff. BGB	1776
2. Anwendung der kauf- und mietrechtlichen Vorschriften	1779
3. Beweislast	1782
VIII. Erhöhung von Beiträgen	1782
1. Keine Pflicht der Gesellschafter zur Erhöhung von Beiträgen	1782
2. Abweichende vertragliche Vereinbarungen	1783
3. Beitragserhöhung und Treuepflicht	1785
§ 91 Gesellschaftsvermögen	1786
I. Vorbemerkung	1787
II. Das Gesamthandsprinzip	1787
III. Anwachsung	1787
IV. Das Gesellschaftsvermögen	1787
1. Umfang	1787
2. Erwerb und Veräußerung	1788
V. Rechtsgeschäfte zwischen Gesellschaft und Gesellschafter	1789
VI. Die Gesellschaft als Versicherungsnehmer	1789
VII. Kapitalanteil und Gesellschafterkonten	1790
1. Der Kapitalanteil	1790
2. Die Gesellschafterkonten	1793
§ 92 Der Jahresabschluss	1799
I. Begriff, Zweck und Bedeutung des Jahresabschlusses	1800
1. Begriff	1800
2. Zweck und Bedeutung	1801
3. Andere Bilanzen	1801
II. Rechtsgrundlagen	1803
1. Überblick	1803
2. Entwicklung des deutschen Bilanzrechts	1804
III. Die Rechnungslegung der Personenhandelsgesellschaften	1805
1. Anzuwendende Rechnungslegungsvorschriften	1805

2. Bilanzrechtliche Vorschriften für den Einzelabschluss von Personenhandelsgesellschaften	1806
IV. Die Aufstellung des Jahresabschlusses	1812
1. Aufstellung als Geschäftsführungsmaßnahme	1812
2. Zur Aufstellung verpflichtete Personen	1813
3. Bedeutung des Inventars	1814
4. Gliederung des Jahresabschlusses	1815
5. Aufstellungsfrist, Sprache, Währungseinheit	1817
V. Die Prüfung des Jahresabschlusses	1818
1. Gesetzliche Prüfungspflichten	1818
2. Vertragliche Prüfungsrechte	1818
VI. Die Feststellung des Jahresabschlusses	1819
1. Feststellung durch Gesellschafterbeschluss	1819
2. Rechtsfolgen des Feststellungsbeschlusses	1820
VII. Unterzeichnung und Offenlegung des Jahresabschlusses	1820
1. Unterzeichnung	1820
2. Offenlegung	1821
§ 93 Ergebnisbeteiligung	1821
I. Die Beteiligung an Gewinn und Verlust	1822
1. Einführung	1822
2. Die gesetzliche Regel des § 709 Abs. 3 BGB	1823
3. Vertragliche Regelungen der Ergebnisverteilung	1823
4. Gewinnverteilung bei Gesellschafterwechsel	1829
II. Entnahme und Auszahlung des Gewinns	1829
1. Allgemeines	1829
2. Das gesetzliche Entnahmerecht	1834
3. Gesellschaftsvertragliche Regelungen des Entnahme- und Gewinnauszahlungsrechtes	1834
4. Auszahlungsrecht der Geschäftsführer	1838
§ 94 Verfügung über vermögensbezogene Mitgliedschaftsrechte	1838
I. Der Grundsatz der Nichtübertragbarkeit von Rechten aus dem Gesellschaftsverhältnis	1839
II. Die abtretbaren Rechte	1840
1. Ansprüche der Gesellschaft gegen die Gesellschafter	1840
2. Ansprüche aus der Geschäftsbesorgung	1840
3. Ansprüche auf Gewinnanteil	1840
4. Kapitalentnahmeansprüche	1842
5. Anspruch auf Abfindungs- und Liquidationsguthaben	1843
6. Ansprüche aus Drittgläubigerrechten	1844
III. Pfändung vermögensbezogener Rechte	1844
§ 95 Die steuerliche Behandlung vermögensbezogener Mitgliedschaftsrechte der OHG ...	1844
I. Grundstrukturen bei der Besteuerung der Offenen Handelsgesellschaft	1845
II. Die ertragsteuerliche Behandlung der vermögensbezogenen Mitgliedschaftsrechte	1846
1. Der steuerliche Gewerbebegriff	1847
2. Die Gesellschafter als Mitunternehmer	1850
3. Ermittlung des Anteils am Gewinn der Gesellschaft	1852
4. Zusammenfassung von Gesellschaftsbilanz und Sonderbilanz	1860
5. Beschränkte Verlustzurechnung gemäß § 15a EStG	1860
6. Verfahrensfragen	1862
III. Gewerbesteuerliche Behandlung betrieblicher Vorgänge	1862
1. Steuergegenstand der Gewerbesteuer	1862
2. Verfahrensfragen	1864
IV. Umsatzsteuerliche Behandlung	1864
1. Leistungen der Personengesellschaft an die Gesellschafter	1865
2. Leistungen der Gesellschafter an die OHG	1865
V. Grunderwerbsteuerliche Behandlung	1865
1. Grundstücksübertragungen	1866
2. Wechsel im Gesellschafterbestand der Personengesellschaft	1866

Inhaltsverzeichnis

§ 96 Belastung von Gesellschaftsanteilen	1868
I. Nießbrauch	1870
1. Überblick	1870
2. Gegenstand des Nießbrauchs	1872
3. Bestellung des Nießbrauchs	1874
4. Rechtsstellung des Nießbrauchers	1876
5. Beendigung des Nießbrauchs	1882
6. Ertragsteuerliche Behandlung	1882
7. Erbschaftsteuerliche Behandlung	1887
II. Verpfändung	1888
1. Überblick	1888
2. Verpfändung des Gesellschaftsanteils	1889
3. Verpfändung der vermögensrechtlichen Bezüge	1892
4. Umsatzsteuerliche Behandlung	1894
5. Ertragsteuerliche Behandlung	1894
 5. Kapitel. Die Rechtsbeziehungen der OHG und ihrer Gesellschafter zu Dritten	
§ 97 Die OHG als Trägerin von Rechten und Pflichten	1895
I. Die Rechtsnatur der OHG	1895
II. Die OHG als Trägerin von Rechten	1895
III. Die OHG als Trägerin von Pflichten	1899
§ 98 Haftung des Gesellschafters	1901
I. Rechtsnatur der Haftung	1902
1. Grundlagen	1902
2. Persönliche Haftung	1902
3. Verhältnis zur Verbindlichkeit der OHG	1903
4. Gesamtschuldnerschaft von Gesellschaftern untereinander	1906
5. Voraussetzung der Haftung	1907
6. Inhalt der Gesellschafterhaftung	1908
7. Gegenstand der Haftung des Gesellschafters	1910
8. Zwingender Charakter der Haftung	1912
9. Haftung aus besonderen Schuldgründen	1913
II. Einwendungen des Gesellschafters	1914
1. Persönliche Einwendungen	1915
2. Einwendungen und Gestaltungsrechte der OHG	1916
III. Haftung gegenüber Gesellschafter-Gläubigern	1920
IV. Haftung bei Gesellschafterwechsel	1923
V. Haftung bei Auflösung sowie im Insolvenzverfahren der OHG	1923
1. Haftung bei Auflösung der OHG	1923
2. Haftung im Insolvenzverfahren der OHG	1925
VI. Haftung nach haftungsbeschränkender Umwandlung	1930
VII. Haftung des Scheingesellschafters	1931
§ 99 Gesellschafterregress (Rückgriff)	1932
I. Allgemeines	1933
II. Ausgleichsansprüche	1933
1. Rückgriff gegenüber der OHG	1933
2. Rückgriff gegenüber Mitgesellschaftern	1936
3. Rückgriff des/gegen den ausgeschiedenen Gesellschafter(s)	1939
4. Rechtslage bei Auflösung der Gesellschaft	1941
5. Der Rückgriff bei Inanspruchnahme aufgrund besonderer Schuldgründe	1942
§ 100 Die Stellung der OHG und ihrer Gesellschafter im Prozess	1942
I. Der Aktivprozess der OHG	1942
1. Die OHG als Partei	1942
2. Die Stellung der Gesellschafter im Prozess der Gesellschaft	1945
3. Gesellschafterwechsel während des Prozesses	1946
4. Auflösung und Beendigung der OHG während des Prozesses	1946
5. Der Gesellschafter als Prozessgegner	1947

II. Der Passivprozess	1948
1. Die OHG als Passivpartei	1948
2. Der Gesellschafter als Passivpartei	1950
3. OHG und Gesellschafter als Passivbeteiligte	1950
III. Besonderheiten im schiedsgerichtlichen Verfahren	1951
§ 101 Die Zwangsvollstreckung gegen die OHG und ihre Gesellschafter	1952
I. Die Zwangsvollstreckung gegen die OHG	1952
II. Die Zwangsvollstreckung gegen Gesellschafter	1954
6. Kapitel. Eintritt und Ausscheiden des Gesellschafters unter Lebenden	
§ 102 Aufnahme eines weiteren Gesellschafters	1956
I. Überblick	1957
II. Der Aufnahmevertrag	1957
1. Rechtsgrundlagen; Vertragsinhalt	1957
2. Abschlusserleichterungen; Einschränkung des Aufnahmerechts	1958
3. Zustimmungserfordernisse	1959
4. Die Form	1962
III. Die schenkweise Aufnahme in eine OHG	1965
IV. Die Rechtsfolgen der Aufnahme	1966
1. Folgen für die Gesellschaft	1966
2. Folgen für die Gesellschafter	1966
3. Haftungsfragen	1967
V. Die fehlerhafte Aufnahme	1967
VI. Handelsregisteranmeldung und Bekanntmachung	1968
§ 103 Übertragung der Gesellschafterstellung	1968
I. Überblick	1969
1. Übertragbarkeit der Mitgliedschaft	1969
2. Sonderfälle	1970
II. Übertragungsvertrag	1971
1. Allgemeines	1971
2. Zustimmung der Mitgesellschafter	1972
3. Vorkaufs- und Vorerwerbsrechte; Mitverkaufsrechte; Shoot-Out	1976
4. Beteiligung Minderjähriger	1977
5. Ehegüterrechtliche Zustimmungserfordernisse	1978
6. Sonstige Zustimmungs-/Genehmigungserfordernisse	1978
7. Gegenstand der Übertragung	1979
8. Form	1981
9. Zum Inhalt der Vereinbarung	1983
III. Haftungsfragen	1984
1. Haftung des Veräußerers	1984
2. Haftung des Erwerbers	1984
3. Rückgriffsansprüche	1984
IV. Weitere Rechtsfolgen der Übertragung	1985
1. Für die Gesellschaft	1985
2. Für den Gesellschafter	1985
V. Handelsregisteranmeldung; Bekanntmachung	1987
1. Anmeldung	1987
2. Bekanntmachung	1987
§ 104 Ausscheiden eines Gesellschafters	1987
I. Überblick	1989
II. Ausscheiden nach der gesetzlichen Regelung und durch Vereinbarung	1990
1. Überblick	1990
2. Ausscheiden bei Tod oder Auflösung bzw. Erlöschen eines Gesellschafter- Gesellschafters	1992
3. Ausscheiden bei Kündigung des Gesellschafters (Austrittskündigung)	1993
4. Ausscheiden bei Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen eines Gesellschafters	1999

Inhaltsverzeichnis

5. Ausscheiden infolge Kündigung durch einen Privatgläubiger eines Gesellschafters	2000
6. Ausscheiden bei Eintritt weiterer im Gesellschaftsvertrag vorgesehener Fälle ..	2002
7. Ausscheiden durch Austrittsvereinbarung	2003
8. Besonderheiten bei der zweigliedrigen Gesellschaft	2004
III. Ausscheiden auf Grund Ausschließung, insbesondere Ausschließungsklage	2005
1. Allgemeines	2005
2. Ausschließungsgründe	2006
3. Verfahren	2015
IV. Die vertragliche Abwandlung der Ausschließungsregeln	2018
1. Allgemeines	2018
2. Die Vereinbarung über das Verfahren bei der Ausschließung	2019
3. Die Abbedingung des Ausschließungsrechts	2021
4. Die Vereinbarung über den wichtigen Grund, insbesondere die Ausschließung ohne sachlichen Grund	2021
§ 105 Folgen des Ausscheidens	2026
I. Überblick	2028
II. Rechtsfolgen des Ausscheidens für die Gesellschaft und die übrigen Gesellschafter	2029
III. Besonderheiten bei Verbleiben nur eines Gesellschafters	2030
1. Grundlagen	2030
2. Übergang der Aktiven und Passiven	2030
3. Firma	2032
IV. Auseinandersetzung mit dem ausgeschiedenen Gesellschafter	2032
1. Gesellschaft als Schuldner	2032
2. Befreiung von Schulden	2033
3. Sicherheitsleistung	2033
4. Anspruch auf Abfindung	2034
5. Haftung für einen Fehlbetrag nach § 136 HGB	2050
V. Nachhaftung des ausgeschiedenen Gesellschafters	2051
1. Allgemeines	2051
2. Haftung im Regelfall nur für Altschulden	2051
3. Gesetzliche Schuldverhältnisse	2054
4. Haftung bei Veränderung der Gesellschaftsschuld nach Ausscheiden	2054
5. Begrenzung der Nachhaftung des Ausgeschiedenen	2057
6. Abweichende Vereinbarungen mit den Gläubigern	2059
7. Rückgriff des Ausgeschiedenen	2059
VI. Handelsregisteranmeldung	2062
§ 106 Abfindungsklauseln	2064
I. Überblick	2066
II. Arten von Abfindungsklauseln	2067
1. Einführung	2067
2. Buchwertklauseln	2068
3. Substanzwertklauseln	2071
4. An Steuerwerten orientierte Klauseln	2072
5. Ertragswertklauseln	2074
III. Grenzen der Zulässigkeit von Abfindungsklauseln	2076
1. Grundsätze, Beweislast	2076
2. Grenzen abfindungsbeschränkender Vereinbarungen	2077
3. Sonderregeln für Gesellschaftermindernden Rechts?	2092
IV. Bewertung einzelner Abfindungsbestimmungen	2095
1. Allgemeines	2095
2. Abfindungsausschluss und Abfindung unter Buchwert	2095
3. Buchwertklauseln	2096
4. Abfindung zu steuerlich orientierten Werten	2098
5. Abfindung zum Substanzwert	2098
6. Abfindung zum Ertragswert	2099

Inhaltsverzeichnis

7. Auszahlungsbeschränkungen	2100
8. Ausschluss schwebender Geschäfte	2100
9. Schiedsgutachterklauseln, Mediationsregelungen	2100
§ 107 Steuerliche Folgen bei Eintritt und Ausscheiden zu Lebzeiten	2101
I. Die Übertragung des Gesellschaftsanteils	2103
1. Einkommensteuer	2103
2. Gewerbesteuer	2129
3. Umsatzsteuer	2132
4. Grunderwerbsteuer	2136
5. Schenkungsteuer	2147
II. Die Aufnahme eines Gesellschafters	2153
1. Einkommensteuer	2153
2. Gewerbesteuer	2158
3. Umsatzsteuer	2158
4. Grunderwerbsteuer	2159
5. Schenkungsteuer	2160
III. Veränderung der Beteiligungsverhältnisse, Umwandlung der Gesellschafterstellung	2160
1. Veränderung der Beteiligungsverhältnisse	2160
2. Umwandlung der Gesellschafterstellung	2160
IV. Das Ausscheiden aus der OHG	2161
1. Vorbemerkung	2161
2. Einkommensteuer	2162
3. Gewerbesteuer	2168
4. Umsatzsteuer	2168
5. Grunderwerbsteuer	2168
6. Schenkungsteuer	2169
 7. Kapitel. Tod des Gesellschafters	
§ 108 Gesetzeslage bei Tod eines Gesellschafters	2171
I. Vorbemerkung	2171
II. Ausscheiden des Gesellschafters und Fortsetzung der Gesellschaft durch die überlebenden Gesellschafter (§ 130 Abs. 1 Nr. 1 HGB)	2172
1. Grundlagen	2172
2. Schicksal des Gesellschaftsanteils (Anwachsprinzip)	2173
3. Sonstige Rechtsfolgen der Fortsetzung	2174
III. Anmeldung zum Handelsregister	2176
1. Anmeldepflicht und -inhalt	2176
2. Charakter und Durchsetzung	2177
§ 109 Gesellschaftsvertragliche Gestaltungen im Hinblick auf den Tod des Gesellschafters	2177
I. Einführung	2178
II. Modifizierte Fortsetzungsklausel	2178
1. Allgemeines	2178
2. Inhaltliche Ausgestaltung	2179
III. Nachfolgeklausel	2179
1. Allgemeines	2179
2. Einfache „erbrechtliche“ Nachfolgeklausel	2180
3. Qualifizierte „erbrechtliche“ Nachfolgeklausel	2181
4. Die kombinierte Nachfolge- und Umwandlungsklausel	2182
5. „Rechtsgeschäftliche“ Nachfolgeklausel	2183
6. Vollzug des Rechtsübergangs	2183
7. Bedingtes Austrittsrecht der Gesellschafter-Erben nach § 131 HGB	2184
8. Sonstige Rechtsfolgen des Übergangs der Gesellschafterstellung	2185
IV. Eintrittsklausel	2186
V. Auflösungsklausel	2187

Inhaltsverzeichnis

§ 110 Erbrechtliche Fragen und letztwillige Gestaltungen durch den Erblasser-Gesellschafter	2188
I. Einführung	2189
II. Letztwillige Verfügungsmöglichkeiten durch den Erblasser-Gesellschafter	2189
1. Bei Fehlen einer gesellschaftsvertraglichen Nachfolgeregelung	2189
2. Bei gesellschaftsvertraglicher Nachfolgeklausel	2189
3. Bei gesellschaftsvertraglicher Eintrittsklausel	2191
4. Bei gesellschaftsvertraglicher Auflösungsklausel	2191
III. Vor- und Nacherbfolge	2191
1. Zulässigkeit und Grundvoraussetzungen	2191
2. Rechtsstellung von Vorerbe und Nacherbe	2192
3. Anmeldungen zum Handelsregister	2192
IV. Testamentsvollstreckung	2192
1. Beschränkte Zulässigkeit	2192
2. Handelsregister	2194
V. Nachlassverwaltung, Nachlassinsolvenz	2194
VI. Der vermeintliche Erbe	2195
§ 111 Rechtsstellung weichender Erben und Pflichtteilsberechtigter	2195
I. Einführung	2195
II. Gesellschafterstellung und Nachlasszugehörigkeit	2196
III. Ansprüche gegen die Gesellschaft und die verbleibenden Gesellschafter	2196
1. Abfindungsansprüche	2196
2. Befreiung von Verbindlichkeiten	2197
3. Gläubigerrechte des verstorbenen Gesellschafters	2198
IV. Haftung für im Gesellschaftsverhältnis begründete Verbindlichkeiten	2199
V. Pflichtteilsrechte	2199
VI. Erbrechtliche Ausgleichsansprüche	2199
§ 112 Steuerliche Folgen beim Tod eines Gesellschafters	2200
I. Einkommensteuer	2201
1. Allgemeine steuerliche Folgen des Todes des Gesellschafters	2201
2. Steuerliche Folgen im Hinblick auf den OHG-Anteil	2201
II. Gewerbesteuer	2205
III. Umsatzsteuer	2206
IV. Grunderwerbsteuer	2206
1. Steuertatbestand	2206
2. Steuerbefreiungstatbestände gemäß § 3 GrEStG	2208
3. Nichterhebung der Steuer gemäß § 6 GrEStG	2208
4. Bemessungsgrundlage	2209
5. Steuersatz	2209
6. Steuerschuldner	2209
7. Rückgängigmachung der Begünstigungen nach §§ 5, 6 GrEStG	2210
V. Erbschaftsteuer	2210
1. Einführung	2210
2. Besteuerungstatbestände	2211
3. Ermittlung der erbschaftsteuerlichen Belastung	2212

8. Kapitel. Auflösung, Liquidation und Insolvenz

§ 113 Auflösung der OHG	2220
I. Einführung	2221
1. Auflösung als ultima ratio	2221
2. Überblick zu §§ 138 ff. HGB	2221
II. Auflösungsgründe	2222
1. Auflösung infolge Zeitablaufs (§ 138 Abs. 1 Nr. 1 HGB)	2223
2. Auflösung durch Insolvenz der Gesellschaft (§ 138 Abs. 1 Nr. 2 HGB)	2224
3. Auflösung durch gerichtliche Entscheidung (§ 138 Abs. 1 Nr. 3, § 139 HGB)	2225
4. Auflösung auf Grund eines Gesellschafterbeschlusses (§ 138 Abs. 1 Nr. 4 HGB)	2231
5. Weitere Auflösungsgründe bei der Kapitalgesellschaft & Co. OHG (§ 138 Abs. 2 HGB)	2233

Inhaltsverzeichnis

6. Öffentlich-rechtliche Auflösungsgründe	2234
7. „Fehlerhafte“ Auflösung	2234
III. Anmeldung der Auflösung zum Handelsregister	2234
1. Anmeldepflichtige Tatsachen	2234
2. Anmeldepflichtige Personen	2235
3. Wirkungen der Eintragung	2236
IV. Auflösungsfolgen	2236
1. Auflösungsfolgen für die OHG und Dritte	2236
2. Auflösungsfolgen für die Gesellschafter	2237
3. Fortsetzung der Gesellschaft und die Rückgängigmachung der Auflösung	2239
§ 114 Liquidation der OHG	2241
I. Neuordnung des Liquidationsrechts durch das MoPeG	2242
II. Abgrenzungsfragen	2242
III. Liquidatoren	2243
1. Berufung der Liquidatoren	2243
2. Rechtsstellung der Liquidatoren	2245
3. Beendigung des Liquidatorenamtes	2248
IV. Ablauf des Liquidationsverfahrens	2250
1. Beendigung der laufenden Geschäfte	2250
2. Einziehung von Forderungen	2250
3. Umsetzung des Vermögens in Geld	2251
4. Befriedigung der Gläubiger	2252
5. Vermögensverteilung	2253
6. Beendigung der Liquidation	2256
V. Bilanzierungspflichten in der Liquidation	2257
1. Doppelte Rechnungslegungspflicht (§ 148 Abs. 4 HGB)	2257
2. Jahresrechnungslegung (§§ 242-256a HGB)	2257
3. Liquidationsbilanzen (§ 148 Abs. 4 Satz 1 HGB)	2258
VI. Abweichende Liquidationsvereinbarungen	2258
1. Grundlagen	2258
2. Zustimmungserfordernisse	2259
3. Möglicher Inhalt von Auseinandersetzungsvereinbarungen	2260
§ 115 Insolvenz der OHG	2261
I. Einführung	2262
II. (Ausschließliche) Insolvenz der OHG	2263
1. Insolvenzfähigkeit	2263
2. Insolvenzgrund	2264
3. Insolvenzantrag	2266
4. Folgen der Insolvenzeröffnung	2272
5. Träger der Gemeinschuldnerrolle	2273
6. Insolvenzmasse	2273
7. Insolvenzgläubiger und ihre Stellung	2276
8. Fortsetzung der Gesellschaft	2278
9. Persönliche Haftung der Gesellschafter in der Insolvenz	2279
III. Parallelinsolvenz von OHG und Gesellschafter	2293
1. Prinzip der Doppelberücksichtigung statt Ausfallhaftung?	2293
2. Massforderungen bei Doppelin solvenz	2294
3. Restschuldbefreiung	2296
IV. Insolvenzplanverfahren	2296
1. Planregelungen zur Nachhaftung von OHG und OHG-Gesellschaftern	2296
§ 116 Steuerliche Folgen der Gesellschaftsauflösung	2301
I. Vorbemerkung	2301
II. Einkommensteuer	2302
1. Aufgabe oder Veräußerung	2303
2. Ermittlung und Besteuerung des begünstigten Aufgabe- oder Veräußerungsgewinns	2309
3. Realteilung	2312

Inhaltsverzeichnis

III. Gewerbesteuer	2316
IV. Umsatzsteuer	2317
V. Grunderwerbsteuer	2318
6. Teil. Die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung	
§ 117 Einführung: Entwicklung, Begriff und Bedeutung der EWIV	2321
I. Vorbemerkung	2323
II. Entstehungsgeschichte	2324
III. Das auf die EWIV anwendbare Recht	2327
IV. Rechtscharakter, Zweck und Anwendungsbereich	2329
§ 118 Gründung der EWIV	2332
I. Abschluss des Gründungsvertrages	2332
1. Form des Vertrages	2333
2. Inhalt des Vertrages	2333
II. Eintragung im Handelsregister	2334
III. Hinterlegung, Bekanntmachung, Publizität	2335
1. Hinterlegung	2335
2. Bekanntmachung	2336
3. Publizität	2336
IV. Sitz, Sitzverlegung, Niederlassungen	2337
1. Sitz	2337
2. Sitzverlegung	2337
3. Niederlassungen	2338
§ 119 Mitglieder der EWIV	2338
I. Vorbemerkung	2339
II. Gesellschaften und andere juristische Einheiten	2339
III. Natürliche Personen	2340
IV. Grenzüberschreitender Mitgliederkreis	2340
V. Nationale Beschränkungen	2340
VI. Rechte und Pflichten der Mitglieder	2341
1. Allgemeines	2341
2. Rechte der Mitglieder	2341
3. Pflichten der Mitglieder	2344
4. Veränderungen bei den Mitgliedern	2344
VII. Haftung	2346
1. Grundsatz und Umfang	2346
2. Haftung neuer Mitglieder	2346
3. Haftung ausgeschiedener Mitglieder	2347
4. Verjährung	2347
5. Rechtsscheinhaftung	2347
§ 120 Geschäftsführung und Vertretung	2347
I. Geschäftsführung	2347
1. Bestellung und Entlassung der Geschäftsführer	2347
2. Merkmale der Geschäftsführer	2348
3. Juristische Personen als Geschäftsführer	2348
4. Rechte und Pflichten der Geschäftsführer	2348
II. Vertretung	2349
§ 121 Besteuerung der EWIV	2349
I. Allgemeines	2350
II. Einkommensteuer	2351
III. Sonstige Steuerarten	2352
1. Gewerbesteuer	2352
2. Umsatzsteuer	2352
3. Grundsteuer	2353
4. Grunderwerbsteuer	2353
5. Erbschaftsteuer	2353

§ 122 Nichtigkeit, Auflösung, Abwicklung und Insolvenz	2353
I. Nichtigkeit	2353
II. Auflösung	2354
1. Auflösung durch Mitgliederbeschluss	2354
2. Auflösung durch gerichtliche Entscheidung	2354
III. Abwicklung	2355
IV. Insolvenz	2356

7. Teil. Die fehlerhafte Gesellschaft

§ 123 Fehlerhafte Gründung	2357
I. Überblick	2359
1. Künftige Auflösung statt rückwirkender Nichtigkeit	2359
2. Tatbestand und Rechtsfolgen im Überblick	2359
3. Rechtshistorische Entwicklung, Funktion und heutiger Standort, Steuerrecht	2360
4. Anwendungsbereich, Übersicht	2363
II. Grundlagen	2364
1. Fehlende gesetzliche Grundlage	2364
2. Begründung in Rechtsprechung und Schrifttum	2364
3. Abgrenzung gegen faktische Gesellschaft und Scheingesellschaft	2366
III. Fehlerhafte Gründung der Personengesellschaft	2368
1. Gesellschaftsvertrag	2369
2. Gründungsmängel	2369
3. Vollzug	2374
4. Wirkung	2375
IV. Heilung	2387
1. Begriff	2387
2. Erscheinungsformen der Heilung	2388
3. Abgrenzung Heilung/Vollzug der fehlerhaften Gesellschaft	2389
4. Wirkung	2389
V. Nichtigkeit	2390
1. Verstoß gegen höherrangig geschützte Interessen der Allgemeinheit	2390
2. Besonders schutzwürdige Personen	2392
3. Rechtsfolgen der Nichtigkeit	2393
VI. Geltendmachung der Gründungsmängel	2395
1. Überblick	2395
2. Vor Vollzug der Gesellschaft	2395
3. Nach Vollzug der Gesellschaft	2395
§ 124 Die Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft bei Änderungsgeschäften in BGB-(Außen-)Gesellschaft und OHG	2404
I. Grundlagen	2406
1. Die Ratio der Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft	2406
2. Geltung für alle Personengesellschaften	2406
3. Die Anwendung der Grundsätze der fehlerhaften Gesellschaft auf rechtsgeschäftliche Änderungsakte in einer bereits bestehenden Gesellschaft ..	2406
II. Einzelne fehlerhafte Änderungsgeschäfte	2413
1. Einführung	2413
2. Der fehlerhafte Beitritt	2414
3. Fehlerhaftes Ausscheiden	2421
4. Fehlerhafte Rechtsnachfolge in die Gesellschafterstellung	2424
5. Fehlerhafte Auflösung	2426
6. Fehlerhafte Vertrags- und Strukturänderungen	2426
Sachverzeichnis	2429

